

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleitung:
Erich Mifflinghaus, Berlin.
Telephon: Carl Schatz 4100/4101



Verleger für Verlag und Geschäftsleitung:
Zweig 6201, Zeile-Wilhelm-Platz 6
Telephon: Carl Schatz

Die Zeitung wird im Carl Schatz-Verlag
in Berlin 100, am Carl Schatz-Verlag, Carl Schatz-Verlag, Carl Schatz-Verlag
in der Carl Schatz-Verlag, Carl Schatz-Verlag, Carl Schatz-Verlag, Carl Schatz-Verlag

Berlin, den 7. Okt. 1932.

Harzburger Jubiläum.

Mit Stuhlbeinen und Bierseideln... Der moralische Bankrott der Papen-Barone.

Int. Institut
Soz. Geschichts-
Amsterdam

**SPD. Im Verlauf der Berliner Saal-
schlacht zwischen Nationalsozialisten
und Deutschnationalen in der "Neuen
Welt" sind nicht weniger als 70 Stühle
und 25 Tische zerschlagen worden.**

Die Saalschlacht, die am Donnerstagabend in der Berliner Hasenheide vor sich ging, ist nicht die erste dieser Art. Es war vorher schon wiederholt in der Provinz und zuletzt auch in Berlin zu heftigen Keilereien zwischen Nazis und Stahlhelmen gekommen, in Pommern auch bereits während des letzten Reichstagswahlkampfes. Aber damals breiteten beide Teile den Mantel der Nächstenliebe über diese Schönheitsfehler der Harzburger Front. Jetzt, wo der Kampf um die Futterkrippe zwischen Hitler und Hugenberg mit voller Wucht entbrannt ist und wo sich die Hakenkreuzler, nicht ganz zu Unrecht, betrogen fühlen, sind die letzten Hemmungen gefallen. Jetzt begnügt man sich nicht mehr mit Sticheleien in der Presse, mit gelegentlichen Seitenhieben in Versammlungsreferaten - man geht aufs Ganze! Die Boykottpropaganda der Nazis gegen die Hugenberg-Presse wird mit einstweiligen Verfügungen und mit Androhung sechsstelliger Fiskalstrafen beantwortet; die sanften Anzapfungen von ehemals sind in wüste gegenseitige Beschimpfungen umgeschlagen, ganze Broschüren voll Enthüllungen und Drohungen werden in Massen verbreitet; und schliesslich geht man mit Stuhlbeinen und Bierseideln auf einander los! So wird um die Seelen der "nationalen" Massen gerungen...

Und das Volk lacht. Es hat auch allen Grund dazu, denn das Schauspiel, das die Eidgenossen von Harzburg schon zum ersten Stiftungsfest ihres germanisch-arisch-antimarxistischen Rütli-Schwures bieten, ist wirklich ergötzlich. Denkt man aber über diese Entwicklung politisch nach, so packt einen ein Gefühl des Ekels und der Schande. Die wackeren Kämpen von der Hasenheide mögen sich die Köpfe so blutig schlagen, wie sie Lust haben - das ist an sich ihre Sache. Aber die Sache des ganzen Volkes ist es, die politische Lehre aus diesen Vorgängen zu ziehen.

Vergessen wir nicht, dass erst vor etwa vier Monaten eine "grundsätzlich neue Staatsführung" verkündet wurde. Diesen Nazis zuliebe, gegen deren Schlägerkolonnen heute die Schupo zur Hilfe gerufen wird, ist die Regierung Brüning-Groener geopfert worden. Ihnen zuliebe wurde das Uniform-Verbot aufgehoben mit dem Ergebnis, dass hundert Tote im letzten Wahlkampf gefallen sind; ihnen zuliebe wurde ein geordnetes Staatswesen, das Preussen bis zum 20. Juli war, durcheinandergebracht, wurden bewährte Staatsbeamte auf Grund förmlicher Proskriptionslisten der Hakenkreuz-Presse davongejagt; ihnen zuliebe wurden schwerwiegende Konflikte zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern mit-

willig heraufbeschworen, wurde eine neue geistige Main-Linie aufgerichtet; wurde die Reichseinheit schwersten Belastungsproben ausgesetzt; ihnen zuliebe wurde ein bewährter, erfolgreicher aussenpolitischer Kurs gewaltsam verlas- sen und durch eine Politik des säbelrasselnden Abenteuers ersetzt; ihnen zu- liebe wurde der überparteiliche Rundfunk zu einem Instrument nationallistischer Parteipropaganda herabgewürdigt, wurde eine erprobte Organisation von erst- klassigen Rundfunkfachleuten durch karrierelüsterne Dilettanten zerschlagen.

Man könnte das Sündenregister der Regierung der Barone noch um Etliches verlängern. Hier kommt es aber nicht auf die Vollständigkeit an, sondern auf die Feststellung der Tatsache, dass der eigentliche Sinn des ganzen, tiefgreifenden, gewaltsamen, z.T. sogar rechts- und verfassungswidrigen Kurswechsels darin lag, dass man die "aufbauwilligen Kräfte", wie Herr von Papen immer wieder die Hitler-Banden bezeichnete, in den Staat einordnen wollte, freilich nur, um aus ihnen die Schutztruppe der feudalen Reaktion gegen die verhasste klassenbewusste Arbeiterschaft zu machen.

Die nationalsozialistischen Führer haben die ihnen zugeworfenen Geschenke gern entgegengenommen und die reaktionäre Papen-Regierung bis zu den Wahlen toleriert. Allerdings wurde ihr Appetit beim Essen immer grösser. Schliesslich verlangte ihr "Führer" die ganze Macht und weil sie ihm verweigert wurde, kam es zum grossen Krach, dessen jüngste Auswirkung die Berliner Saalschlacht in der "Neuen Welt" gewesen ist. Auf einmal entdeckt die "überparteiliche" Regierung von Papen, die in Wirklichkeit nur eine maskierte deutschnationale Regierung ist, dass die SA Hitlers eine Gefahr für die Ruhe und Ordnung bilden, dass sie den politischen Terror gegen Andersdenkende organisieren, dass sie in ihrem Wesen und in ihren Methoden starke Ähnlichkeiten haben mit den Bolschewisten von links. Auf einmal! Weil es jetzt ihnen an den Kragen geht, weil sie die Geister nicht mehr bändigen können, die sie gerufen haben.

Vor kaum vier Monaten wurden die Braunhemden von den offiziellen Stellen immer wieder in Schutz genommen, ihre Gewalttaten und Verbrechen wurden nicht zuletzt in der Hugenberg-Presse beschönigt oder verschwiegen: Schuld an allen Zusammenstössen trugen damals die "Marxisten"; die Polizei, die gegen hakenkreuzlerische Exzesse vorging, wurde kommunistischer Sympathien bezichtigt; die preussische Staatsregierung wurde gewaltsam aus den Ämtern entfernt, weil sie die Republik vor der braunen Mordpest zu schützen entschlossen war. Heute wird die Schupo von den zitternden Stahlhelmen zur Hilfe gerufen, um die "rauen Kämpfer" des Herrn Goebbels aus den Sälen zu vertreiben!

Welch eine nachträgliche Rechtfertigung für Severings jahrelangen Kampf gegen die staatsfeindlichen Hakenkreuzler; für Groeners Auflösungserlass gegen die SA - und welch ein moralischer Bankrott der Regierung Papen!

SPD. Braunschweig, 7. Oktober (Eig. Dr.)

Der braunschweigische Stahlhelm wendet sich in einem Aufruf an den Plakatwänden der Stadt Braunschweig gegen Gewalttaten der SA, die als Dank für die 14 Jahre gemeinsamer Arbeit den Fackelzug des Stahlhelms zu Ehren Hindenburgs überfallen hätte. Die "nationalen" Bürger der Stadt werden aufgefordert, dem Stahlhelm beizutreten. Dem nationalsozialistischen-deutschnationalen Regierungskurs gegen die "Marxisten" hat die Fehde zwischen den Harzburgern bisher jedoch noch keinen Abbruch getan.

SPD. Breslau, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Oberschlesien gärt es ebenfalls in der Nazi-Partei. Insbesondere innerhalb der SA- und SS-Verbände verschärfen sich die Gegensätze zusehends. Die Mannschaften wehren sich gegen die menschenunwürdige Behandlung seitens ihrer Führer. Die "SA-Offiziere" versuchen sich mehr und mehr von den Parteigoldaten zu distanzieren. Solange letztere der Hoffnung waren, dass auch ihnen einmal eine feste Parteibuchbeamtenprünke winke, liessen sie sich von ihren Herren alles gefallen. Seitdem aber der Nazikurs sinkt, droht allgemeine Rebellion.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Führern und den Kommandierten spielt die Magenfrage eine grosse Rolle. So hört man immer wieder, dass beispielsweise die Gleiwitzer SA-Führer ein flottes Leben führen. Die Folge ist, dass die Unzufriedenheit bei den SA-Leuten gelegentlich zu schweren Krachs führen, die nur noch durch Androhung schärfster Massnahmen unterdrückt werden können. In der Gleiwitzer SA hat auch der offenkundige Missbrauch, der mit den für die SA-Küchen gesammelten Lebensmitteln getrieben wird, stärkste Erregung hervorgerufen. Die meist erwerbslosen SA-Leute, die von den Erträgen der öffentlichen Sammlungen gespeist werden, glauben festgestellt zu haben, dass die besseren Wurst- und Fleischwaren in den Privatwohnungen der Führer verschwinden, während sie selbst seit dem politischen Niedergang der Partei mit schlechtem Essen abgefunden werden. Einzelne Spender für die SA haben bei Bekanntwerden dieser Beschwerden ihre Lieferungen eingestellt. In verschiedenen ober-schlesischen Formationen geht das Wort um: "Gleiche Löhne, gleiches Essen, wär' die Legalität schon längst vergessen!"

Misshandlungen sind bei der SA an der Tagesordnung. Es soll schon mehrfach vorgekommen sein, dass die Offiziere ihre Untergebenen anspucken. Ein besonders krasser Fall von Misshandlung ereignete sich im August bei der zweiten Schar des Gleiwitzer Sturmbanns. Dem Scharführer Thomme wurde der Befehl erteilt, mit seiner Gruppe eine ungesetzliche Handlung auszuführen. Th. muss sich im Hinblick auf die inzwischen ergangene Notverordnung geweigert haben. Als er am Tage danach mit seiner Schar angetreten war, kam der Truppführer Bartel und wiederholte die Befehle. Th. erwiderte, er habe keine Lust ins Zuchthaus zu wandern. Darauf forderte Bartel 7 Scharmitglieder auf, den Th. festzunehmen. Diese fassten ihn; Bartel schlug ihn zunächst mit den Fäusten, nachher mit dem Gummiknüppel ins Gesicht. Als Th. mit Bekanntgabe dieses Überfalls drohte, wurde ihm erklärt, man würde ihn dann um die Ecke bringen.

Die Führung der SA versucht angesichts des Umsichgreifens der Rebellion die Unwilligen mit der Drohung der Einsetzung von Rollkommandos unter allen Umständen bei der Stange zu halten. Die Furcht vor der Feme ist infolgedessen unter den SA-Leuten ausserordentlich gross.

SPD. Im Hexenkessel der Braunen Häuser gärt und brodeit es lustig weiter.

Die Kassenschränke der Schwerindustrie und der "feinen Leute" sind einsteifen für Herrn Hitler wegen schlechten Betrags verschlossen und deshalb ist Ebbe geworden bei den Zahlmeistern der SA. Wo früher die Tausender und Zehntausender flossen, werden heute die Pfennige zusammengekratzt und jetzt, wo in allen Löchern gesucht, Beiträge und Rechnungen kontrolliert werden sollen, steigt der Stank der Korruption und der Unterschlagungen auf. Einer beschuldigt den anderen des Betrugs und des Diebstahls und das Ende ist stets: Prügelei und Hinauswurf. Das sind die Szenen, die heute aus zahllosen Orten und Braunen Quartieren gemeldet werden.

Ein typisches Bild ergibt eine Meldung aus Stettin. Dort haben sich der Gaugeschäftsführer, Rittmeister v. Gravenstein und der Musikmeister Jülich von der Standarte 21 kräftig das Fell versohlt. Der Anlass war, dass Jülich für sich und seine 25 Mann starke Kapelle den rückständigen Lohn von

1400 Mark gefordert hat, mit dem Erfolg, dass Jülich zuerst seine Senge von dem Herrn Rittmeister bezog und darauf samt den 25 Musikern ohne Geld entlassen und auf die Strasse gesetzt wurde.

Was aus den arbeits- und brotlosen Proleten werden soll, kümmert die Osafs von der famosen Hitlerschen "Arbeiter"-partei wenig. Die Hauptsache: es ist Geld da für die Autos und Hotels der betrauten Oberbonzen.

SPD. Frankfurt/M., 7. Okt. (Eig. Drahtb.)

Ein 23jähriger Scharführer der Frankfurter Hitler-Jugend ist des Mordes an seiner Geliebten überführt worden, den er gemeinsam mit seinen zwei 17 und 18jährigen Freunden, die ebenfalls der Hitlerjugend angehören, ausgeführt hat. Damit hat der Tod der 19jährigen Hausangestellten Emma Busse, die im Dezember vorigen Jahres aus Frankfurt verschwand und im Mai als Leiche aus dem Main gezogen wurde, nach nunmehr zehn Monaten seine Aufklärung gefunden.

Die Angehörigen der Busse und die Polizei nahmen bisher an, dass das junge Mädchen Selbstmord verübt habe. Erst vor kurzem hatte eine Schwester im Nachlass der Verstorbenen die Abschrift von zwei Briefen gefunden, die diese kurz vor ihrem Tode an einen gewissen Robert gerichtet hatte. In diesen Briefen teilte sie dem Robert mit, dass sie sich von ihm schwanger fühle. Da sie wisse, dass er sie nicht heiraten werde, forderte sie ihn auf, wenigstens die Alimente zu zahlen. Der "geliebte Robert" - wie wir jetzt wissen ein 23jährige kaufmännischer Angestellter namens Robert Stubenrauch - hat sogleich mit seinen beiden Freunden, zwei Bäckerlehrlingen, die Möglichkeiten besprochen, wie er das ihm lästig gewordene Mädchen loswerden könnte. Der eine Freund schlug vor, das Mädchen zu erschiessen, der andere empfahl dagegen, sie von einer Brücke in den Main zu werfen. Diesem Plan stimmte Robert zu. Es gelang ihm auch, das Mädchen zu einem nächtlichen Spaziergang am Mainufer zu bewegen. Während die beiden Helfershelfer der Mordtat unbemerkt auf Fahrrädern folgten, verbrachte Stubenrauch - und das ist wohl das unvorstellbar grauenvollste dieses Verbrechens - unmittelbar vor der Ermordung noch eine Liebesstunde mit seinem Opfer. Willig folgte ihm dann die Freundin auf eine sehr einsame Main-Brücke, während die beiden Freunde die Brückenzugänge vor Tatzeugen sicherten. Das Mädchen wehrte sich mit allen Kräften und klammerte sich an dem Geliebten und an dem Geländer fest. Ob Stubenrauch oder der eine der Freunde dem Mädchen den Stoss versetzte, der die Bedauernswerte aus dem Gleichgewicht brachte und ins Wasser stürzen liess, konnte noch nicht völlig geklärt werden, da die Verschwörer sich gegenseitig beschuldigen.

Ein geradezu phantastischer Zufall hat die Aufdeckung der Mordtat herbeigeführt. Der Mörder machte die vorige Woche in einem Café-Restaurant, ohne zu ahnen, wen er vor sich hatte, die Bekanntschaft der beiden Schwestern seines Opfers. Als er mit den Mädchen zu spassen begann, fragte ihn die jüngste plötzlich nach seinem Namen. Arglos stellte er sich vor: Robert Stubenrauch. Ein jähes Ahnen durchzuckte das Mädchen, das sofort rief: "Dann sind Sie vielleicht der Mann, dem meine verstorbene Schwester Briefe geschrieben hat..." Fassungslöse Ueberraschung und höchste Erregung verriet sogleich den Mörder, dessen heftiges Leugnen den Argwohn der Schwestern nicht bannen konnte. Die Polizei erhielt Kenntnis von dieser Caféhaus-Szene und verhaftete Stubenrauch, der sogleich seine Mitverschworenen verriet. Dass sie nach einem gemeinsam verabredeten Mordkomplott handelten, haben die drei Mörder eingestanden.

In Frankfurt erregt es das allergrösste Aufsehen, dass die drei Mordbuben die das grausame und hinterhältige Verbrechen gemeinsam ausgeführt haben, der Nazijugend angehörten. Die Tatsache, dass Stubenrauch am letzten Freitag angeblich wegen einer "Streiterei" aus der Nazi-partei ausgeschlossen wurde, verstärkt nur den Verdacht, dass man in Nazikreisen von den Schandtaten Stubenrauchs gewusst hat. Denn Stubenrauch wurde an dem Tage aus Hitlers Kame-

radie ausgeschlossen, als Anzeige wegen der Ermordung seiner Geliebten gegen ihn erstattet worden war. Dass die dramatische Caféhaus-Szene sich in einem Nazi-Verkehrslokal abgespielt hat, darf ebenso wenig unerwähnt bleiben wie der Umstand, dass Stubenrauch auch an dem brutalen Ueberfall einiger Nationalsozialisten auf den 60 Jahre alten Sozialdemokraten und Eisernen Front-Mann Braun in Frankfurt-Bockenheim im Mai dieses Jahres beteiligt war, der seinerzeit mit Zaunlatten niedergeschlagen und so schwer verletzt wurde, dass er noch heute an den Folgen zu leiden hat.

SPD. In Bremen hat die Polizei ebenso wie dieser Tage in Magdeburg die Setz- und Druckmaschinen des kommunistischen Zeitungsbetriebs sowie das Arbeitsmaterial beschlagnahmt und versiegelt. Auch zahlreiche Druck- und Werbeschriften wurden, wie der Polizeibericht meldet, sichergestellt.

Diese Polizei-Aktion ist auf Grund eines "Hochverrats" ergangen, der in der Veröffentlichung von Zeitungsartikeln erblickt wird. Selbst wenn sich die Redakteure dieser Blätter des Hochverrats schuldig gemacht hätten, so wäre die Beschlagnahme der Druckerei-Maschinen ungesetzlich. Dass diese Kommunistenverfolgung durch das Papenregime obendrein eine politische Dummheit ist, die nur das Gegenteil dessen bezweckt, was sie erreichen soll, dieses Licht ist dem Herrenklub noch nicht aufgegangen.

SPD. Frankfurt/M., 7.Okt. (Eig.Drahtb.)

Die Herstellung von Naziuniformen auf Kredit hat offenbar das Uniform-Spezialhaus Gottfried Schmidt in Frankfurt bitter zu bereuen. Wie die sozialdemokratische "Volksstimme" mitteilt, versendet diese Firma neuerdings zahlreiche Schreiben folgenden Wortlauts:

"Frankfurt a.M., 12.September 1932.

Herrn

in

Ich nehme Bezug auf die gestern in mit Ihnen gehabte Unterredung und teile Ihnen folgendes mit: Nach reiflicher Ueberlegung muss ich Ihnen mitteilen, dass ich mich auf keine Ihrer Ausflüchte und Vertröstungen einlassen kann.

Sie haben die Haftung für die erfolgten Uniformlieferungen übernommen, und an Sie werde ich mich ganz konsequent halten. Ich habe seinerzeit die Uniformen wunschgemäss geliefert und kann wohl auch aus Billigkeitsgründen verlangen, dass mir dieselben ordnungsgemäss wie vereinbart gezahlt werden.

Sie müssen ja schöne Parteigenossen und SA-Kameraden haben, wenn Sie denken, ja, der soll warten. Nein, Herr . . . , so haben wir nicht gewettet. Ich bin ein reeller deutscher Geschäftsmann und muss meine Lieferanten und Angestellten auch bezahlen. Nun kurz und gut, was soll ich nochmals lange Worte verlieren.

Ich verlange bis spätestens mein Geld. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so werde ich Sie persönlich zivilgerichtlich belangen und gegen Sie und alle Bezieher ein Uschla-Verfahren bei der Gauleitung anhängig machen.

Ich lasse mich nicht mehr länger vertrösten. Ich glaube kaum, dass Sie es zum Äussersten kommen lassen werden.

Hochachtungsvoll "

Siegesstimmung und Geldüberfluss haben die leichtsinnige Bestellerei von Naziuniformen verursacht. Nun herrscht Katzenjammer und Dalles bei allen Nazis. Da bei vielen Hitler-Leuten die Gesinnung aufhört wo der Geldbeutel anfängt, steht es schlimm um den Naziladen.

SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seger ist von der Berliner Strafkammer wegen Beleidigung der Reichswehr zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Seger soll in einer am 17. November 1930 stattgefundenen Versammlung der "Liga für Menschenrechte" gesagt haben: jeder Angehörige der Reichswehr müsse diffamiert und wie die Pest gemieden werden. Dieser von der Rechtspresse dem Redner in den Mund gelegte Satz wurde von Seger sofort in einer Berichtigung als unwahr bezeichnet. Seger hatte damals das Wort "Pest" auf jene Offiziere angewandt, die zu einem neuen Krieg hetzen.

Trotz seiner Berichtigung war Seger vom Schöffengericht zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das hat dem Staatsanwalt nicht genügt. Am Freitag war deshalb eine Berufungsverhandlung vor dem Landgericht. In Abwesenheit von Seger und seinem Verteidiger wurde das erste Urteil auf einen Monat Gefängnis erhöht.

SPD. Stockholm, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung hat den Wohlfahrtsminister Möller beauftragt, unverzüglich die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung vorzubereiten. Die Versicherung soll möglichst viel Arbeiterkategorien umfassen.

SPD. Die Regierungspresse meldet, dass man sich im Reichskabinett damit beschäftige, die Unterstützungssätze, die die Regierung der Barone erst vor kurzem drakonisch gedrosselt hat, im Laufe dieses Winters teilweise zu erhöhen. Wie weit diese Erhöhung gehen soll, wird leider nicht gesagt.

Es ist bekannt, dass sich der Reichsarbeitsminister schon vor Monaten mit dem Gedanken getragen hat, die Unterstützungssätze im Laufe des Winters zu erhöhen, wenn unter den Unterstützungsempfängern auf Grund der Notverordnungen genügend gesiebt worden sei. Die Regierung von Papen soll die Regierung sein, die auch im Unterstützungswesen die Deflation beendet und mit den Drosselungen Schluss macht. Diesen Gedanken des Reichsarbeitsministers scheint das Kabinett jetzt aufgreifen zu wollen, um besseres Wahlwetter zu machen. Es handelt sich also um etwas Wahlspeck.

Die Sozialdemokratie, die sich von Anfang an gegen die Drosselungen in der Sozialfürsorge gewehrt hat, wird alles tun damit die Erhöhung der Unterstützungssätze möglichst allgemein und in genügender Höhe durchgeführt wird. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze ist umsomehr geboten, als die Regierung Papen durch verschiedene Massnahmen eine Lage geschaffen hat, aus der heraus früher oder später die Verbraucherpreise schnell ansteigen werden. Es gilt nicht nur im Unterstützungswesen den früheren Zustand herzustellen, sondern die Erhöhungen müssen so sein, dass sie den kommenden Preisvertierungen entsprechen. Darum geht es schliesslich auch bei den Reichstagswahlen am 6. November.

SPD. Frankfurt/M., 7. Oktober (Eig. Dr.)

In Frankfurt-Hausen sind drei Nazijünglinge verhaftet worden, die sich gegen das Münzverbrechen vergangen haben. Sie haben 50 Pfennig- und Fünfmarmstücke gefälscht und in Umlauf gesetzt, um damit, wie sie bei ihren umfassenden Geständnissen zugegeben haben, ihre Tanzstunde zu finanzieren. Die Täter, angeblich Söhne "recht angesehener Eltern", werden demnächst von dem Jugendgericht abgeurteilt.

SPD. Liegnitz, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem Liegnitzer Landfriedensbruchprozess wegen des Sturms auf das Bürger-
lauer Volkshaus beantragte der Staatsanwalt am Freitag gegen 10 Nazis und den
Sozialdemokraten Oswald Höhne Freispruch, gegen 6 Nazis wegen Landfriedens-
bruchs und Raufhandels je 3 Monate Gefängnis, gegen 3 Nazis wegen Landfriedens-
bruchs, Raufhandels und schweren Hausfriedensbruchs je 4 Monate Gefängnis.
Die Anträge gegen die angeklagten Mitglieder der Eisernen Front lauteten bei
drei auf 6 Monate und bei drei auf 3 Monate Gefängnis.

In seinem Plädoyer vertrat der Staatsanwalt die Ansicht, dass zunächst
die Nazis die Angegriffenen gewesen seien. Sie hätten auch nicht von vornherein
einen Sturm auf das Volkshaus geplant, schliesslich aber wären sie taktisch
anders vorgegangen. Soweit in der Beweisaufnahme festgestellt worden sei, dass
Schüsse fielen, seien diese aus dem Volkshaus gefallen. Bezüglich des erschos-
senen Reichsbannermannes Schreiber habe die Beweisaufnahme wohl eine Klärung
dahin gebracht, dass er von den Schüssen, die aus dem Volkshaus abgegeben
wurden, getroffen worden sei. Wer die Schüsse abgegeben habe, habe nicht fest-
gestellt werden können.

SPD. In Abwesenheit des Reichsaussenministers hat die Papen-Regierung,
wie in unterrichteten Kreisen verlautet, am Freitag beschlossen, die Einladung
der englischen Regierung zu einer Konferenz in London anzunehmen. Die Barone
wollen in ihrer Antwort den Vorschlag MacDonalds begrüssen und gutheissen.
Allerdings soll London noch einige deutsche Vorfragen beantworten, denn nach
Ansicht der Barone kann die Konferenz nur dann erfolgreich sein, wenn die Be-
ratungen über die deutsche Rüstungsgleichheit von allen Staaten "voraussetzung
los" geführt werden.

SPD. Köln, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Vertreter einer deutschen Firma schreibt der "Kölnischen Zeitung"
zwei Tage nach dem Scheitern der deutsch-holländischen Kontingentierungsver-
handlungen, dass in den ländlichen Bezirken Hollands der Boycott deutscher
Waren mit aller Schärfe eingesetzt habe. Alte, treue Kunden kauften jetzt in
Belgien und Holland. Seine Firma erwäge bereits, in Holland eine Fabrikfiliale
zu errichten, um von hier aus die kontingentierten Länder zu beliefern, was
zur Folge habe, dass die deutschen Arbeiter immer mehr ohne jede Arbeit sein
würden. Tausende deutsche Kaufleute würden als Auslandsdeutsche brotlos. Hoff-
entlich werde das Steuer bald umgedreht.

SPD. Rom, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die beiden deutschen Delegationen, die hier mit der italienischen Regie-
rung wegen der Devisenbeschränkung und der landwirtschaftlichen Kontingente
verhandeln, haben bereits im Verlauf der am Freitag beendeten Vorverhandlungen
erkennen müssen, dass eine endgültige Lösung in beiden Fragen nicht zu er-
reichen ist, da die Gegensätze zu stark sind. Aus diesem Grunde sollen die am
Montag beginnenden Hauptverhandlungen lediglich einem Kompromiss dienen, das
bis etwa Ende des Jahres dauern soll. Diese Uebergangslösung soll mit Erleich-
terungen für die landwirtschaftliche Ausfuhr Italiens den unmöglichen Zustand
der völligen Stockung im deutsch-italienischen Zahlungsverkehr wenigstens für
die nächste Zeit beseitigen. Aber selbst wenn das Kompromiss gelingen sollte,
würde der prinzipielle Widerstand Italiens gegen die Politik der Beschränkung
der landwirtschaftlichen Einfuhr nach wie vor sehr stark bleiben.

SPD. Frankfurt/M., 7. Oktober (Eig. Dr.)

Zwei Nazistudenten wurden von der grossen Strafkammer wegen Landfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie waren an den Frankfurter Universitätskrawallen beteiligt. Das Gericht behielt sich trotz der Milde der Strafen die Entscheidung über eine Bewährungsfrist nach weiteren Ermittlungen vor.

SPD. Paris, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein Teil der Pariser Abendblätter vom Freitag erklärt, dass die von der englischen Regierung angeregte Konferenz zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungsforderung vielleicht später doch noch stattfinden werde.

"Journal des Débats" schreibt: "Es ist wahrscheinlich, dass man nicht endgültig auf die verunglückte Konferenz verzichten wird. Es handelt sich vielleicht vor allem darum, die Konferenz an einem anderen Ort tagen zu lassen, nämlich in Genf. Dort wäre es nicht so leicht, Frankreich zu isolieren, wie das in London der Fall gewesen wäre, wo Herriot sich allein im Kampfe mit den Delegierten der Regierungen befunden hätte, die aus verschiedenen Gründen die deutschen Forderungen unterstützen. Es ist zunächst gut, dass die Konferenz vertagt worden ist, aber im Grunde genommen ist nichts geändert. Die Hauptsorge MacDonaldis bleibt, der deutschen Regierung entgegenzukommen, die erst dann an der Abrüstungskonferenz wieder teilnehmen will, wenn man ihr vorher Genugtuung gegeben hat."

Der "Paris Soir" meldet aus Genf, dass vielleicht Lausanne als Tagungsort der Konferenz in Betracht komme. Diese Stadt werde auch der deutschen Delegation, die aus formalen Gründen den Sitz der Abrüstungskonferenz scheue, genehm sein.

SPD. New York, 7. Okt. (Eig. Drahtb.)

Das New Yorker Staatsgericht hat auf die Klage der Demokratischen Partei entschieden, dass die Neuwahl eines Bürgermeisters notwendig ist. Die Wahl findet am 8. November statt. Jimmy Walker's Kandidatur ist ausgefallen.

Walker war nach seinem erzwungenen Rücktritt nach Italien gefahren. Als Bürgermeister fungierte in New York ein provisorischer Stellvertreter. Walker wollte einiges Gras über seine Geldaffären wachsen lassen, um später, bei einer Neuwahl wieder zu kandidieren. Seine Gegner haben ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Wahl ist so schnell angesetzt, dass er seine Kandidatur nicht mehr errichten kann. Walker hatte zwar auf die Nachricht von der Verwaltungsklage sofort einen italienischen Dampfer bestiegen, um nach New York zurückzufahren. Dieses Schiff, das einen Schnelligkeitsrekord aufstellen wollte, erlitt in Gibraltar eine Havarie. Walker flog deshalb nach Cherbourg, um die "Europa" zu erreichen, mit der er weitergefahren ist. Zu spät! Die "Europa" ist noch nicht gelandet und die Gegner Jimmys haben selbst den Schnelligkeitsrekord des besten Ozeandampfers der Welt gebrochen. Anstelle von Walker haben seine Gegner in der Demokratischen Partei den Stadtsyndikus O'Brien, einen Iren von Geburt, als Kandidat ernannt.

SPD. Paris, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Abrüstungsdelegierte Davis hatte am Freitag-Vormittag eine einstündige Unterredung mit Herriot, über die folgendes Kommuniqué ausgegeben wurde: "Norman Davis hat auf dem Wege nach London in Paris halt gemacht, um in aller Herzlichkeit mit dem französischen Ministerpräsidenten die

besten Mittel zu prüfen, mit denen die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gefördert werden können." Dazu erklärt der "Paris Soir" ergänzend, dass der amerikanische Delegierte im Laufe der Unterhaltung dem Ministerpräsidenten den Standpunkt Amerikas gegenüber der deutschen Gleichberechtigungsforderung auseinandergesetzt habe.

Einem Vertreter der Pariser Ausgabe der "Chicago Tribune" hat Davis folgende Erklärung übergeben: "Vom amerikanischen Standpunkt aus ist der Vorschlag Hoovers das beste Mittel, um einer Lösung des deutschen Rüstungsproblems näher zu kommen, das Unruhe in Frankreich hervorgerufen hat. Mein Eindruck ist, dass die öffentliche Meinung in Frankreich in der letzten Zeit dem Vorschlag Hoovers günstiger geworden ist. Wir glauben, dass Frankreich an Sicherheit gewinnen würde, wenn es seine Rüstungen herabsetzt, aber angesichts der deutschen Wiederaufrüstungsdrohungen begreifen wir seine Befürchtungen. Die Vereinigten Staaten wünschen, dass das komplizierte Problem der Rüstungen in Europa schliesslich mit einer Herabsetzung und nicht mit einer Vermehrung der Rüstungen gelöst wird, und sie sind der Ansicht, dass Deutschland an diesen Beratungen wieder teilnehmen muss, wenn man zu Ergebnissen gelangen soll."

SPD. Prag, 7. Oktober (Eig. Draht.)

In der Tschechoslowakei droht eine Regierungskrise. Der Finanzminister fordert zur Deckung des Defizits eine fünfzehnprozentige Herabsetzung der Bezüge der Staatsangestellten. Alle Regierungsparteien haben diese Forderung bisher abgelehnt. Der Finanzminister droht deshalb mit seinem Rücktritt. Ob die Bemühungen der Parteiführer, eine Kompromisslösung zustandezubringen, von Erfolg begleitet sind, dürfte sich erst am Sonnabend erweisen.

SPD. Am Freitag trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen.

Der Bundesvorstand hatte die Tagung einberufen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d.J. für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, dass durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschliessen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Massnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und missbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d.J. sollen dem gesamten deutschen

Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

SPD. Paris, 7. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im September wurden auf den früheren Schlachtfeldern in der Gegend von Arras und Lille die Leichen von 121 deutschen und 84 französischen Soldaten gefunden. Nur 14 deutsche Soldaten konnten bisher identifiziert werden.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.



Im Krankenhaus der Eisenbahn.

Deutschlands modernstes Ausbesserungswerk in Berlin=Niederschöneweide.

SPD. Eine Hochschule könnte dies sein. Eine Stätte der Jugend. Ein Haus der Wissenschaft, in dem der Geist der Neuzeit atmet. Nichts ist an diesen hellen Klinker-Fassaden, an diesen schnörkelfreien Gebäudeblöcken, was hinweisen könnte auf einen Werkstättenbetrieb zur Reparatur von Eisenbahnen. Keine rauchenden Schloten! Keine Wolken aus Russ und Asche! Und dennoch Deutschlands modernstes Eisenbahn=Ausbesserungswerk: Berlin=Schöneweide!

Vor sechs Jahren wurde der Grundstein gelegt. Man wusste, dass die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen an die Unterhaltung des Wagenparks ganz neue Aufgaben stellen würde. Die Reichsbahn hatte für diesen Wagenpark 50 Millionen Mark ausgegeben - gleichzeitig plante sie das Heim, das solche Werte hegen und pflegen konnte. 1350 Wagen sind heute dessen Schutzbefohlene. Jeder dieser Wagen wird überholt nach einem Lauf von 9000 Kilometern, also nach einer Dienstzeit von neun Monaten. Das bedeutet 1800 Reparaturen im Jahr - oder sechs am Tag. Und tatsächlich: sechs Wagen treffen täglich hier ein, schmutzig und struppig, mager und krank - und sechs fahren wieder hinaus, gesund und strahlend, rundlich kraftvoll, blitz und blank. Eine Belegschaft von 950 Heilgehilfen ist tätig bei diesem Kuraufenthalt der sechs Wagen. Die, von Kopf bis Fuss zerlegt, in genau durchdachtem zeitlichen Rhythmus das Werk durchlaufen. Was dieses Werk uns zeigt, sind im wesentlichen Dinge, wie sie erstmalig hier und nur hier zur Ausführung kamen. So ist es bahnbrechend geworden für das gesamte Ausbesserungswesen - eine Leistung, wie sie von Tausenden ausländischer Eisenbahn=Prominenten immer wieder bewundert wurde. Für die Baukosten von 10½ Millionen Mark ist hier ein Traum verwirklicht worden, ein phantastischer Traum von der Reparatur.

Vom Bahnhof Berlin=Schöneweide erreicht der kranke Wagen das Werk über Gleise, die nur für die Einfahrt bestimmt sind. Wie üblich in jeder Klinik, kommt der Patient zunächst einmal in die Badestube: in die Wagenwaschhalle - und hier wiederum zunächst unter die Dusche. Ein Kran mit Berieselungsanlage läuft über ihn hinweg, bespritzt ihn von oben bis unten mit Lauge und heissem Wasser. Je nach dem mehr oder minder hohen Grad der Unreinlichkeit wird die Mischung der Lauge und die Einwirkungsdauer des Spritzens ständig reguliert.

Ist nunmehr der Schmutz gelöst, so wird er mit kaltem oder heissem Wasser abgespült - abermals setzen sich Apparaturen in Bewegung und säubern den Wagen mit rotierenden Bürsten. Im Winter werden hier die vereisten Fahrzeuge aufgetaut, und was draussen die Hacke nicht loszuschlagen vermochte, zerhackt an den Wärmekanälen.

Vor den Wagen spannt sich das elektrische Pferd. Schleift ihn in einen Raum, wo er zerlegt wird in Wagenkasten, Drehgestell, Motor, Radsatz. In den grossen Längs=Hallen der Reparatur wandert nun jeder dieser Teile einer Quersalle zu, wo sich alle wieder treffen, um zusammengefügt zu werden. Keine Disharmonie stört diesen stets gleichen Takt der Arbeit.

Halle A, B, C. Unter ihren Dächern fliegen - nein, keine Schwalben, sondern Eisenbahnwaggons, umhergetragen von riesigen fünfmotorigen Kranen. Denn

auf solchem "Luftwege" werden die Wagenkästen im Fliessgang von Arbeitsstand zu Arbeitsstand versetzt - innerhalb von 4½ Minuten. Sie werden vollständig zwischen die Kranträger hineingeschoben - und da die Wagen in ihrem Format nicht alle gleich sind, stellt ein Mechanismus die gewaltigen Arme des Krans während ihres Zugreifens rasch und sicher auf die verschiedenen Formate ein.

Eine optische Kommando-Anlage gibt Befehle an den Kranführer weiter. Hier stehe ich, bewege ein paar Schalter. Im selben Moment erscheine es in meterhoch leuchtenden Buchstaben: "Wagen Nummer 12 von Arbeitsplatz 20 nach 21"! Schon gleitet ein Kran nach Arbeitsplatz 20, ergreift den gewünschten Wagen, trägt ihn mit einer Geschwindigkeit von 120 Metern in der Minute zu mir hin, setzt ihn mir sanft vor die Füße.

Motor und Radsatz sind inzwischen dem Drehgestell entnommen und repariert worden. Abgetakelt und einsam setzt der Drehgestellrahmen allein die Wanderung fort. Nach nochmaliger Reinigung in der Ablaugerei kommt er auf das laufende Band, wo er entweder in ständigem langsamen Lauf oder in rückweiser Fortbewegung in Takten an den Arbeiterotten vorbeizieht. Zwölf Arbeitstakte werden zur Zeit in vierzig Minuten ausgeführt.

200 Arbeitsplätze sind untereinander mit Fernsprechern verbunden. Rationalste Raumausnutzung: zwei Bühnen schweben fast unter dem Dach. Sie tragen Sonderwerkstätten für die Prüfung und Wiederherstellung von elektrischen Schaltern und Kompressoren. Es gibt eine Werkstatt für Kleinteile: Bolzen, Buchsen, Bremsgehänge, Stromabnehmer; eine Elektro-Esse und eine Elektroschweisserei; es gibt eine Werkstatt, wo Federn aufgearbeitet werden - und hier wiederum eine maschinelle Vorrichtung für die Oelung der Federn; ja, es gibt sogar Prüfstände, wo die Prüfstände geprüft werden! Und die Zahl der hier zur Anwendung gelangten Maschinen-Typen geht in die Tausende!

Rasch noch hinüber zu den Tischlern und Tapezierern, die für das reine Herz des Wagens sorgen. Es wird gepolstert, es wird staubgesaugt. Aus der Sonderschlosserei kommen, blitzblank poliert, Fensterrahmen, Türschlösser, Beschläge. Glanzvoll erstrahlt der Wagen in neuer Lackierung, mit hübschen Zierkanten. Mögen sie lange halten! Hier wird alle zwanzig Minuten ein neues Schild gefertigt: "3. Klasse Nichtraucher" - und schliesslich fährt eine Arbeitsbühne über den Wagen hinweg und lässt sein Dach anstreichen.

Mit einigen Gefährten zu einem Halbzug zusammengestellt, muss er draussen ein paar Probefahrten ablegen. Die angenehme Unterbrechung seines auch so eintönigen Lebens ist zu Ende - ab morgen pendelt er wieder zwischen Lichterfelde-Ost und Spandau-West - und in seinem Inneren spielen sich die kleinen 15-Pfennig-Romane des stadtbahnfahrenden Berliners ab. Hals- und Beinbruch! Oder besser: Rad- und Rohrbruch! Und: Auf Wiedersehen in Schöneeweide, nach 90 000 Kilometern!

G.B.

+ + +
Nachspiel. Gegen den Kriminalassistenten Schepers der Berliner Kriminalpolizei wurde vom Polizeipräsidenten ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Schepers hat in dem mit der Verurteilung der nationalsozialistischen Angeklagten beendeten Berliner Polizeiprozess zugegeben, dem nationalsozialistischen Organ Material, das der Belastung des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss dienen sollte, zugeleitet zu haben.

+ + +
Ein Lufttrübungsfinder. Der Leipziger Professor Karolus teilte auf der Tagung der "Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft" interessante Einzelheiten über eine neue Erfindung mit. Es handelt sich um ein speziell für die Sicherheit des Flugverkehrs sehr wichtiges Gerät, das der genauen Registrierung von Lufttrübungen, Nebel usw. dient.

+ + +

Drama im Hotel. Ein aus Berlin=Steglitz stammendes Ehepaar versuchte in einem Hotel in Lugano Doppelselbstmord durch Erschiessen zu begehen. Der Ehemann erlag den erlittenen Verletzungen; seine Frau, die nach der polizeilichen Untersuchung die Todesschüsse abgab, wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus transportiert.

"Elektrokönig" verhaftet. In Barrie (Kanada) wurde der amerikanische "Elektrokönig" Martin Insull, Direktor des grössten amerikanischen Elektrizitätskonzerns, von Beamten der Chicagoer Kriminalpolizei verhaftet. Insull soll an dem finanziellen Zusammenbruch des von ihm und seinem Bruder Samuel geleiteten Konzerns im kriminellen Sinne mitschuldig sein. Martin Insull und seinem nach Europa geflüchteten Bruder Samuel, der Präsident der Gesellschaft war, werden ähnliche "Geschäfte" und Betrügereien, wie sie sich Ivar Kreuger zuschulden kommen liess, zur Last gelegt.

Der "Mord" von Oderberg. Der am 12. September am Oderberger Bollwerk aufgefundene Leichnam des 19 Jahre alten Heinz Schmidt aus Oderberg deutete auf ein Mordverbrechen hin. Jetzt ist festgestellt, dass Heinz Schmidt einem Unfall zum Opfer gefallen ist.

Ins Schleudern geraten. Auf einer abschüssigen Strasse in Schwerte (Ruhrgebiet) geriet ein Personenauto aus Köln ins Schleudern. Zwei Strassenpassanten wurden umgerissen und getötet.

Paul Cohen-Portheim. In Paris verstarb 52 Jahre alt der bekannte Maler und Schriftsteller Paul Cohen-Portheim, ein stets um europäische Politik und Gesinnung bemühter Künstler.

Haffkrankheit durch Arsen. In der letzten Zeit sind auf der ostpreussischen Frischen Nehrung zahlreiche Personen an der mysteriösen Haffkrankheit erkrankt. Der vom preussischen Wohlfahrtsministerium mit der Erforschung der Ursachen der Krankheit beauftragte Sachverständige glaubt, dass die Epidemie durch die sogenannte Haffblüte hervorgerufen wird. Die Haffblüte ist eine giftige Fabrikwässer aufsaugende Algenart. Die Algen sinken nach geraumer Zeit unter, senden aber dann noch giftige Arsendämpfe an die Wasseroberfläche.

Fahrpreiserössigung. Die Personentarife der niederländischen Eisenbahnen werden voraussichtlich im kommenden Jahr um etwa 20 % herabgesetzt werden. Auch die Abonnementstarife sollen eine entsprechende Ermössigung erfahren.

Ein Plagiat des Lebens. Eine Amerikanerin, Frau Minerva Brown, hat die Paramount-Filmgesellschaft als Herstellerin des Film "Amerikanische Tragödie" um 150 000 Dollar Schadenersatz verklagt. Die Klägerin behauptet, dass der nach dem gleichnamigen Roman Theodor Dreisers hergestellte Film die genaue Darstellung des vor 20 Jahren zur Verhandlung gekommenen Mordfalls Gilette sei. Chester Gilette, ein wohlhabender junger Mann, hatte sich wegen Ermordung seiner Geliebten Grace Brown zu verantworten. Die Klägerin ist die Mutter des seinerzeit ums Leben gekommenen jungen Mädchens. Die Klägerin behauptet, dass die Propaganda des Films das Publikum genau darüber in Kenntnis gesetzt habe, dass es sich tatsächlich um den Mordfall Gilette handle. Die Schädigung erblickt Frau Brown darin, dass im Film die Mutter der Ermordeten als eine primitive, ungebildete Frau dargestellt werde. Das amerikanische Gericht soll nun darüber entscheiden, ob diese Schädigung tatsächlich besteht und ob sie wirklich materiell auf 150 000 Dollar zu veranschlagen ist.



Bewegung ohne Fortschritt.

Die Arbeitslosenziffer sinkt, die Not bleibt.

SPD. Die Regierung der Barone wollte die Wirtschaft ankurbeln. Mit Spannung sind die soeben erschienenen neuen Arbeitslosenziffern der Reichsanstalt erwartet worden. Was besagen sie? Sie bringen eine im Grunde niederschmetternde Feststellung. Wir treten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf der Stelle. Scheinbar bewegen wir uns vorwärts, in Wirklichkeit kommen wir nicht vom Fleck. Die Arbeitslosigkeit geht wohl zahlenmässig zurück, das Elend aber bleibt. Gab es bisher für Millionen Hunger und keine Arbeit, so gibt es jetzt für sie Arbeit und Hunger.

Der Bericht der Reichsanstalt für die zweite Septemberhälfte lautet: Ende September waren bei den Arbeitsämtern rund 5 100 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem letzten Stichtag Mitte des Monats ist ein Rückgang um rund 163 000 eingetreten. Während des ganzen Monats September hat damit die Arbeitslosenzahl nach einer vorübergehenden Erhöhung um rund 123 000 abgenommen. Saisonmässige Einflüsse, die Massnahmen der Reichsregierung und im beschränkten Umfange noch die bekannten Änderungen des Unterstützungsrechtes haben zu dieser Entwicklung des Zahlenbildes beigetragen.

Mehreinstellungen in der metallverarbeitenden Industrie, im Baugewerbe und in der Industrie der Steine und Erden dürften überwiegend auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm und auf die Verordnungen zur Belebung der Wirtschaft zurückzuführen sein. Ein jahreszeitlicher Auftrieb, der durch die Massnahmen der Reichsregierung unterstützt wird, war besonders in der Landwirtschaft, im Bekleidungsgewerbe und in mehreren Zweigen des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes festzustellen. Anzeichen einer konjunkturellen Entspannung bleiben bis jetzt auf einzelne Zweige der Spinnstoffindustrie und der Holzverarbeitung beschränkt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich Ende September in der Arbeitslosenversicherung auf rund 626 000 (gegen 660 000 am 15. September), in der Krisenfürsorge auf rund 1 224 000 (gegen 1 280 000 am 15. September). Von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtserwerbslose wurden Ende September rund 2 035 000 gezählt, d.h. rund 5 000 mehr als Ende August. Dass die Gesamtzahl der Empfänger von öffentlichen Fürsorgeleistungen über diese Zahl hinausgeht, ist in den Berichten der Reichsanstalt wiederholt hervorgehoben worden. Die Zahl der Notstandsarbeiter, die sich Ende August auf rund 67 000 belief, konnte im Laufe des September, begünstigt durch die Witterung, noch um etwa 5 000 gesteigert werden. Der freiwillige Arbeitsdienst hat in der Berichtszeit einen weiteren starken Aufschwung genommen; die Zahl der tatsächlich beschäftigten Arbeitsdienstwilligen ist von rund 144 000 Ende August auf rund 200 000 Ende September gestiegen.

Dass die Abnahme der Arbeitslosenzahl nicht ohne weiteres mit einer entsprechenden Steigerung des Beschäftigungsgrades gleichgesetzt werden kann, ist bekannt. Man darf allerdings die Bewegung der Beschäftigtenzahl keineswegs als Spiegelbild der Bewegung der Arbeitslosenzahl betrachten, wie es in letzter Zeit geschehen ist, weil die ständigen Umschichtungen innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung, besonders während einer so langwierigen und

tiefgreifenden Krise, zahlen, ässig nicht erfassbar sind. =

+ + +

Die Arbeitslosenziffer ist also im Laufe des September um rund 123.000 zurückgegangen. Zahlenmässig ist das sicherlich ein beachtenswerter Rückgang, denn in früheren Jahren hatten wir um diese Zeit fast stets bereits eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer. Diese ist zweifellos durch das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beeinflusst worden. Diese Beeinflussung ist keineswegs überraschend oder gar sensationell. Wir haben sie vorausgesagt, aber auch von Anfang an ihren mehr als problematischen Charakter aufgezeigt. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl besagt für den sozialen Notstand, der in Deutschland herrscht, so gut wie gar nichts. Gewiss glückt nicht in allen Betrieben der von dem Unternehmertum auf Grund der Notverordnung versuchte Lohrabau. Allein in einer ganzen Reihe von Betrieben, vor allem in den kleineren, wo die Belegschaften sich nur schwer zur Wehr setzen können, ist das Lohnniveau von neuem empfindlich gesenkt worden. Das ist der entscheidende Punkt. Wie hoch steht im Augenblick der neue Durchschnittslohn? Ueber diese Frage müsste so schnell wie möglich Klarheit geschaffen werden. Lohnsenkung und Senkung der Arbeitslosenziffer müssen in Vergleich gestellt werden. Ein solcher Vergleich dürfte sehr schnell voreiligen Leuten, die sich von der neuen Arbeitslosenziffer blenden lassen, die Augen öffnen.

Der rein zahlenmässige Rückgang der Arbeitslosigkeit ist ohne sozialpolitischen Wert. Eine rein äusserliche Veränderung des Zahlenbildes nützt uns gar nichts. Das hat sich bereits gezeigt, als der Umfang der unsichtbaren Arbeitslosigkeit, der in den letzten Monaten unter dem Druck der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bedrohlich wuchs, vor der Oeffentlichkeit beleuchtet worden. Bei dieser Beleuchtung hat sich nach unserm Dafürhalten das Konjunkturforschungsinstitut Uebertreibungen zuschulden kommen lassen, die der Regierung sehr gelegen kamen. Die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist gross und schlimm genug, wenn sie bereits eine Million Köpfe umfasst; man braucht sie nicht noch zu übertreiben. Der Regierung aber kann es natürlich recht sein, wenn man zunächst die Arbeitslosigkeit möglichst gross erscheinen lässt und möglichst unheimliche Ziffern nennt; denn dann tritt ja, wenn auch nur rein äusserlich, der Rückgang der Arbeitslosigkeit unter dem Einfluss des Wirtschaftsprogramms umso besser in Erscheinung. Der Bericht der Reichsanstalt berührt demgegenüber in seiner ruhigen Objektivität sympathisch. Auch er macht ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Abnahme der Arbeitslosenzahl nicht ohne weiteres mit einer entsprechenden Steigerung des Beschäftigungsgrades gleichgesetzt werden kann.

Im übrigen zeigt der Bericht in den Unterstütztenziffern: Arbeitslosenversicherung 16% der Hauptunterstützungsempfänger, Krisenfürsorge 32% und Wohlfahrtserwerbslose 52% den unveränderten Ernst der Finanzierungsfrage der Arbeitslosenunterstützung. Auch die Gemeinden und nicht nur die Landwirtschaft brauchen Hilfe. Zuschüsse allein tun es nicht. Der Hilferuf der Ruhrstädte war ein Beweis, dass die Regierung vor einer Lösung des Problems gerade an seinem gefährlichsten Punkt noch weit entfernt ist.

=====

SPD. Der Arbeitszeitskandal im Betriebs- und Verkehrsdienst der Reichsbahn haben schon vielfach zu berechtigter Kritik Anlass gegeben. Auch die Arbeitsgerichtsbehörden haben sich mehrfach mit diesen unhaltbaren Zuständen beschäftigt. Die neuen Massenentlassungen haben zu zahlreichen Einspruchsklagen geführt; bei den Arbeitsgerichtsbehörden herrscht deshalb gegenwärtig Hochbetrieb. Bei diesen Einspruchsklagen spielt auch die Frage der Ar-

beitszeitverkürzung und der Einführung von Feierschichten im Betriebs- und Verkehrsdienst eine grosse Rolle. Das Landesarbeitsgericht in Essen hat sich dieser Tage in einer bedeutsamen Entscheidung auf den vom Einheitsverband der Eisenbahner vertretenen Standpunkt gestellt, dass die Kündigung eine unbillige Härte bedeutet, solange die Reichsbahn an der übermässig langen Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst festhält.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hatte sich den Unternehmeranwalt Dr. Mansfeld-Essen, verschrieben, während die Arbeiterschaft durch Breunig-Berlin vom Einheitsverband vertreten war. Der Anwalt der Verwaltung hat dem Landesarbeitsgericht die Nachprüfungsbefugnis der Betriebsverhältnisse bestritten und die Einführung von Kurzarbeit für rechtlich und wirtschaftlich unmöglich erklärt. Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts ist erst nach mehrstündigem hartnäckigem Kampf ergangen. Das Gericht hat in seiner Begründung zum Ausdruck gebracht, dass die Ablehnung der Nachprüfung ein zu formalistischer Standpunkt sei und dem Gesetz nicht gerecht werde. Die von der Gegenseite herangezogenen Beschlüsse des Reichsarbeitsgerichts könnten nicht ohne weiteres auf die Einspruchsklage bezogen werden, weil die Möglichkeit der Nachprüfung der Einzelverhältnisse durch zwei Tatsacheninstanzen gegeben sei. Die Verkürzung der Arbeitszeit der Betriebsarbeiter von 54 auf 48 Stunden sei durchaus zumutbar und verursache keine wesentlichen Mehrkosten. Im übrigen sei in fast allen Tarifverträgen die Achtundvierzigstundenwoche als Höchstarbeitszeit festgesetzt, während die Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst der Reichsbahn noch bis zu 57 Stunden betrage und die wöchentliche Schichtzeit bis zu 93 Stunden ausgedehnt werde.

Das Landesarbeitsgericht Essen hat sich also in Uebereinstimmung mit den Arbeitsgerichten Dresden und Frankfurt/Main auf den Standpunkt gestellt, dass die Einführung von Kurzarbeit im Betriebsteil der Bahnbetriebswerke rechtlich zulässig, technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist.

SPD. Im Kanton St. Gallen (Schweiz) legten am Freitag die Lohnsticker des Rheintals die Arbeit nieder. Sie besetzten zugleich die Rheinbrücken auf der Strecke zwischen Au und Mondlingen und versammelten sich vor verschiedenen Zollgebäuden, um den Transport von Stickereiwaren, die zur Veredelung nach Vorarlberg in Oesterreich gebracht werden sollten, zu verhindern. Im Laufe des Tages gelang es wenigstens, eine einstweilige Verständigung herbeizuführen.

Die Sticker sind seit langem in einer drückenden Notlage. Diese ist allerdings nur zum Teil auf den Veredelungsverkehr mit Vorarlberg zurückzuführen.

SPS. In Aachen ist der erste Streik im freiwilligen Arbeitsdienst ausgebrochen. Etwa 500 Jungarbeiter haben auf allen Arbeitsstellen die Arbeit niedergelegt. Sie sind daraufhin sämtlich entlassen worden.

Den Arbeitern wurde anfangs das Mittagessen unentgeltlich von der Volksküche beliefert. Jetzt will die Stadt für 5 Tage 1,80 Mark für das Essen vom Lohn, der 10,80 Mark wöchentlich beträgt abziehen. Ueber das Essen wird stark geklagt, ebenso über die Behandlung, die stark an die Zeichen des früheren preussischen Kasernenhofs erinnert. - Die Aachen beliebten Methoden sind geeignet, den freiwilligen Arbeitsdienst in Verruf zu bringen.



Subventionsflut.

Die Breslauer Rede des Reichsernährungsministers.

SPD. Auf dem Verbandstag der niederschlesischen Genossenschaften in Breslau hat der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun am Freitag in dem Augenblick seine angekündigte Rede über die Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften gehalten, als an der Berliner Börse mit Bestimmtheit der Rücktritt des Reichsernährungsministers gesprochen wurde. Auch die Breslauer Rede enthält nichts über den wichtigsten Punkt der Aktion, die Finanzierung. Die Verhandlungen dürften noch nicht abgeschlossen sein. Fest steht dagegen bereits, dass die Forderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Osthilfegebiet an sogenannte Entschuldungsbetriebe (das sind bankrotte landwirtschaftliche Betriebe, die ihren bisherigen Besitzern erhalten bleiben sollen) nicht, wie die Forderungen der übrigen Gläubiger bei der Entschuldung auf 50 bis 60 Prozent zusammengestrichen werden. Die Genossenschaften dürften höchstens 25 bis 30 Prozent verlieren.

Die Aktion wird sich wahrscheinlich so vollziehen, dass die Reichsregierung die Forderungen der Genossenschaften durch eine Pauschalsumme ablöst, d.h. die Reichsregierung kauft den einzelnen Genossenschaften ihre Forderungen zu 70 bis 75 Prozent gegen Schatzanweisungen ab. So werden die Schulden bankrotter Landwirte durch das Reich bezahlt. Die vom Reich aufgekauften Forderungen will man der Bank für Industrieobligationen, der eigentlichen Umschuldungsbank, gegen Aushändigung von Entschuldungsbriefen übertragen. Es handelt sich also um eine reichlich verzwickte Angelegenheit, bei der jedenfalls das eine völlig klar ist, dass das Reich abermals an bankrotte landwirtschaftliche Betriebe ungeheure Subventionen gibt.

Zu der obenerwähnten Sanierungsaktion tritt noch die Umgestaltung bei der Preussenkasse, die einen Zuschuss des Reichs in Höhe von nicht weniger als 200 Millionen Mark bedeutet. Auch diese Massnahme ist ausschliesslich auf die Besitzerhaltung abgestellt.

Um die privaten Gläubiger der bankrotten Landwirte, die Gewerbetreibenden und die Händler, nicht ganz leer ausgehen zu lassen, versprach der Reichsernährungsminister, auch die baren Entschuldungsmittel bis auf 40% der gesamten Entschuldungssumme zu erhöhen. Das Entschuldungsverfahren soll dadurch beschleunigt werden, dass der durch die Zinssenkung herbeigeführte niedrigere Zinssatz allgemein der Berechnung der Zinsleistungsgrenze zugrunde gelegt wird. Mit dieser Massnahme kann das Entschuldungsverfahren beschleunigt und eine wesentliche Besserstellung der einzelnen Gläubiger der Landwirte erreicht werden — natürlich auf Kosten der Bilanzehrlichkeit.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit aber nicht zu sehr auf die Subventionen hinzulenken, redete der Reichsernährungsminister umso mehr von der Siedlung und beteuerte in einem Fort, wie tatkräftig die jetzige Reichsregierung für die Siedlung eintrete. So behauptete er, dass das Siedlungsergebnis bis zum 30. September keinen Rückschritt, sondern eine Beschleunigung der Siedlung gebracht habe, ohne aber den geringsten Beweis hierfür anzutreten. In diesem Zusammenhang wies der Minister auch auf die ausserordent-

liche Bedeutung der Siedlerauswahl und der planmässigen Wirtschaftsberatung der Siedler hin. Heisst das etwa, dass nur "aufbauwillige Kräfte der Nation" angesiedelt werden sollen? Dass die Landarbeiter, von denen bisher schon weit über 100 000 durch die Siedlung freigesetzt worden sind, auch weiterhin von ihren Stellen verjagt werden, wenn das Gut aufgeteilt wird?

Wir stehen jedenfalls dem Siedlungswillen der Regierung sehr ungläubig gegenüber, auch wenn der Minister mitteilt, dass mit dem preussischen Domänenfiskus Verhandlungen über die Abgabe von siedlungsfähigen Domänen eingeleitet sind, und wenn er verkündet, dass die Jahresleistungen der Siedler ab 1. Juli für die nächsten zwei Jahre von 5 auf $3\frac{1}{2}$ Prozent ermässigt werden sollen. Hier sei übrigens bemerkt, dass die Regierung Brüning die Leistungen der Siedler für das vergangene Jahr auf die Hälfte herabgesetzt hat. Ebenso wie man den Bären nicht waschen kann, ohne seinen Pelz nass zu machen, kann man nicht siedeln, ohne dass man den Grossgrundbesitzern an den Kragen geht. Daran denken Herr von Braun und die anderen Barone in der Regierung aber selbstverständlich nicht. Im Gegenteil, sie wollen den Junkern das warme Nest erhalten.

Am Schlusse seiner Ausführungen prägte der Reichsernährungsminister das Wort: "Herrschen heisst dienen". Jawohl, dem stimmen wir durchaus bei. Aber wir meinen, dass man nicht nur einer Clique dienen darf, der man selber angehört, sondern jede Regierung hat die Pflicht, dem gesamten Volke zu dienen. Herr von Braun ist Grossgrundbesitzer und war Präsident der Raiffeisengenossenschaft. Er setzt sich jetzt für Erhaltung des bankrotten Grossgrundbesitzes und für die Sanierung der Genossenschaften ein. Dieses Dienen geht uns zu weit.

SPD. Die Reichsregierung hat das Gerücht über den Rücktritt des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun und seine Ersetzung durch den pommer-schen Rittergutsbesitzer von Knebel-Döberitz am Freitag Abend dementiert. Aber man darf annehmen, dass das Verhältnis des gegenwärtigen Reichsernährungsministers zum Kabinett nicht das allerbeste ist. Das Kabinett scheint den Reichsernährungsminister als arge Belastung zu empfinden und dürfte nichts dagegen haben, wenn es von dieser Belastung befreit wird.

Man kann das verstehen, wenn man an die fürchterlichen Niederlagen denkt, die sich der Reichsernährungsminister mit seiner unglaublichen Kontingentierungskommission in Holland und Italien geholt hat. Aber das dürfte nicht der einzige Grund sein. Es scheinen da noch Momente mitzuspielen, die z.T. höchst persönlicher Natur sind. Man weiss auch, dass im Reichskabinett zum mindesten der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister geschworene Feinde der Kontingentierungspolitik sind. Soweit das Kabinett aber gewillt ist, die Kontingentierungspolitik des Freiherrn von Braun mitzumachen, hat der Reichsernährungsminister durch seinen Münchener Husarenritt viel böses Blut geschaffen. Es dürfte heute nicht mehr abzustreiten sein, dass die Münchener Rede des Reichsernährungsministers nicht dem Kabinett vorgelegen hat und dass sich in dieser Rede Stellen befanden, die der Auffassung und den Beschlüssen des Kabinetts nicht entsprachen.

Den Dingen kommt man näher, wenn man sich den Mann betrachtet, der als wahrscheinlicher Nachfolger des gegenwärtigen Reichsernährungsministers genannt wird. Der pommer-sche Rittergutsbesitzer von Knebel-Döberitz kommt wie der gegenwärtige Reichsernährungsminister, von den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Er ist Verbandsdirektor der Genossenschaften in Stettin. Wirtschaftspolitisch unterscheidet sich Knebel von Braun überhaupt nicht. Knebel gleicht dem gegenwärtigen Reichsernährungsminister, soweit die wirt-

schaftspolitische Auffassung in Frage kommt, wie ein Ei dem andern. Knebel, der u.a. auch für das Getreidemonopol eingetreten ist, dürfte vielleicht autarkischen Experimenten noch zugänglicher sein als Braun; zumindest wird sich Knebel, wenn es sein muss, als der robustere Verfechter der Kontingentierungspolitik erweisen. Aber Knebel ist beweglicher, geschickter; weit elastischer als Braun. Von Knebel kann man erwarten, dass er, wenn der Augenblick gekommen ist, die Weiche in der von Braun durchaus verfahrenen Kontingentierungspolitik umwerfen wird.

Das ist zu beachten. Knebel ist - er stammt nicht umsonst aus Pommern - mit dem Getreidebau verbunden, sozusagen mit der grossen Landwirtschaft. Die Landwirtschaft als solche kann nun von der Kontingentierungspolitik, wie sie Braun eingeleitet hat, kaum etwas erwarten. Soweit Getreide und Vieh in Frage kommen, ist die Landwirtschaft gegenüber der Kontingentierungspolitik materiell fast uninteressiert. Umso mehr interessiert sich dagegen der Gartenbau. Die ganze Kontingentierungsliste wird ja von Tomaten, Kohl, Weintrauben usw. beherrscht. Wenn jetzt ein Rückzug in der Kontingentierungspolitik eingeleitet wird, trifft das weniger die Landwirtschaft, aber wohl den Gartenbau. Kommt der Rückzug in der deutschen Kontingentierungspolitik, dann opfert man eben den Gartenbau. Der Reichsverband der deutschen Gartenbaubetriebe empfängt, wenn das eintreten sollte, den Lohn für eine schlechte Politik. Er hat Jahre lang für die Landwirtschaft die Kastanien aus dem Feuer geholt. Er wird es demnächst erleben müssen, dass ihn die Landwirtschaft glattweg im Stich lässt. Das scheint uns der Sinn der Gerüchte um den Reichsernährungsminister zu sein.

SPD.Deutschland hat im Jahre 1932, wie das Reichsstatistische Amt mitteilt, eine Rekord-Hackfruchternte erzielt. Die Kartoffelernte ist die zweitgrösste in den Jahren nach dem Kriege und bleibt nur hinter der Kartoffelernte im Jahre 1930 zurück, die aussergewöhnlich gross war.

Schon zerbricht man sich jedoch wieder den Kopf, wie man den Kartoffelsegen unterbringen will. Die Regierung von Papen hat die Frage für ihr Teil damit abgetan, dass sie den grossagrarischen Kartoffelbrennern neue Subventionen gibt, damit sie den Kartoffelsegen zu Fusel verarbeiten. Dabei haben wir 2 Millionen Hektoliter Branntwein auf Lager, die einfach zu viel und nicht abzusetzen sind. Eine unglaublichere Politik als die, wie sie von der Regierung betrieben wird, kann man sich kaum vorstellen.

Wäre es nicht angebracht, dass man den Kartoffelsegen für die Ernährung der Arbeitslosen im harten Winter 1932/33 verwendet? Wir sind überzeugt, dass wir überhaupt keinen Kartoffelüberschuss haben, wenn die Verteilung richtig geregelt wird und wenn man die Hungernden im Lande mit den entsprechenden Mengen Kartoffeln versorgt. Wir erheben deshalb die Forderung, die Arbeitslosen für den kommenden Winter kostenlos mit Kartoffeln zu beliefern. Für das Reich ergibt sich dabei gar keine Belastung. Ob es die Millionen in Form von Spritliebesgaben an die grossagrarischen Fuselbrenner gibt oder an die Arbeitslosen, das ist völlig gleichgültig. Wenn die überflüssigen Kartoffeln aufgegessen werden, erspart die Regierung sogar noch Geld, weil sie die ungeheuren und unverkäuflichen Spritbestände nicht durchzuhalten braucht.

SPD. Die Spätkartoffelernte wird für das Jahr 1932 mit 42,52 Millionen Tonnen angegeben. Berücksichtigt man die Frühkartoffelernte, dann ergibt sich eine Gesamtkartoffelernte in Höhe von 45,33 Millionen Tonnen. Die Ernte liegt um 1,46 Millionen Tonnen = 33% höher als im Vorjahr. Im Rahmen der Nachkriegsernte würde somit die diesjährige Kartoffelernte nur hinter dem Ertrag des Jahres 1930 zurückbleiben, wo 47 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet wurden.

Die Zuckerrubenernte beträgt in diesem Jahre 7,47 Millionen Tonnen. Das sind 3,57 Millionen Tonnen = 32,4 % weniger als im Jahre 1931. Der Rückgang liegt aber nicht an geringeren Erträgen. Verantwortlich ist dafür die starke Einschränkung im Zuckerrübenbau, die auf Grund internationaler Abmachungen durchgeführt wurde. Um den Exportmarkt für Zucker zu regeln, hat Deutschland als Mitglied des internationalen Zuckerkartells seine Zuckeranbaufläche gegenüber 1931 um 110 000 Hektar = 28,9 % eingeschränkt.

Die Runkelrübenernte macht 30 Millionen Tonnen aus. Sie übertrifft die Vorjahrsernte und liegt mit 18,8 % über den Durchschnittsernten in den Jahren 1924 bis 1931.

SPD. Die Reichsregierung scheint zu ihrem Wirtschaftsbelebungsprogramm kein allzu grosses Zutrauen zu haben; denn sie brütet schon wieder über einem neuen Arbeitsbeschaffungsplan. Vielfach werden diese Beratungen mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das der preussische Landgemeindevorstand unter Führung seines Präsidenten Gericke ausgearbeitet hat, in Zusammenhang gebracht; aber mit Unrecht. Das Programm Gericke ist ein ausgesprochenes Inflationsprogramm, während man in der Reichsregierung nur an ein Programm zu denken scheint, das einige 100 Millionen Mark ausmachen soll. Der Weg, den man gehen will, ist aber auch nicht ohne Bedenken. Man denkt u.a. daran, dass die Sparkassen den Kommunen zur Durchführung örtlicher Notstandsarbeiten Kredite gewähren und zwar auf Grund zukünftiger Steuereingänge. Die Kredite sollen niedrig verzinslich sein. Folglich müsste das Reich den Sparkassen Zinszuschüsse gewähren, wogegen freilich im Interesse der Kommunalfinanzen und der Arbeitsbeschaffung nichts einzuwenden ist. Aber natürlich haben heute die Sparkassen die Mittel zur Kreditgewährung an die Kommunen nicht frei. Sie müssten daher wieder den Weg über die Akzeptbank zur Reichsbank antreten, den sie bereits im vorigen Jahre gegangen sind. Wozu also der bedenkliche Umweg über die Sparkassen, die eben erst mühsam vom Druck der Vertrauenskrise frei werden, wenn letzten Endes doch die Reichsbank wieder einspringen muss?

SPD. Die nationalsozialistischen Regierungen in Oldenburg und Braunschweig haben das Pech, das Gegenteil von dem zu tun, was die Nazis ihren Wählern versprochen haben. So sah man sich in Oldenburg gezwungen, die von den Nazis so bekämpfte Schlachtsteuer einzuführen. Auch in Braunschweig, wo man noch vor kurzem versicherte, die Fleischsteuer sei "rote Miswirtschaft" und würde von den Nazis stets abgelehnt, ist man jetzt zur Einführung der Schlachtsteuer übergegangen. Unter den Fleischermeistern und Kleinbauern hat das viel böses Blut gemacht. Augenblicklich wird in vielen Versammlungen gegen die Schlachtsteuer der Naziregierung heftig protestiert. An diesen Protesten beteiligen sich auch die Hausfrauenorganisationen. Auf einer Versammlung musste sich die Naziregierung in Braunschweig von den Hausfrauen sagen lassen, die Finanzen seien unter Herrschaft der Nazis in Braunschweig derart in Unordnung geraten, dass sie auch durch die Schlacht-

steuern nicht mehr zu reparieren wären.

Die Nazis haben in Braunschweig aber noch andere Mittel, um zu beweisen, wie sehr sie ihre Wähler vor den Wahlen belogen haben. So wird gegenwärtig der Plan durchgeführt, die Beamtengehälter mit Verzögerungen auszuzahlen. Das Novembergehalt wird erst am 3. und am 17. November zur Auszahlung kommen. Die späteren Zahlungstermine werden so verlegt, dass die Regierung bis Ende des Etatsjahres, also bis Frühjahr 1933, einen vollen Monat an Gehalt einspart. "Das bedeutet in der Praxis eine Gehaltskürzung um fast 9 %.

SPD. Die Wirkungen der deutschen Kontingentierungspolitik treten, wie unser Stockholmer Mitarbeiter meldet, auch in Schweden deutlich in Erscheinung. Die Anzeichen für eine handelspolitische Annäherung der skandinavischen Staaten mehren sich. Wie der Nobelpreisträger und Erfinder des Agalichts, Gustav Dalan, in einem Interview äusserte, ist zu erwarten, dass die in der Presse mehrfach erhobenen Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der skandinavischen Völker auf den Gebieten der Industrie und der Finanzen demnächst zu praktischen Unterhandlungen zwischen den interessierten Staaten führen werden. Wie verlautet, soll auch die für Mitte Oktober nach Stockholm einberufene Konferenz der skandinavischen Kaufleute mit dem Projekt einer skandinavischen Währungseinheit hervortreten.

England bemüht sich, die Misstimmung gegen die deutsche Kontingentierungspolitik dahin auszunützen, in Schweden die deutsche Warenkonkurrenz zurückzudrängen. Dem dient eine Ausstellung englischer Industriewaren, wie sie auch in Kopenhagen veranstaltet wurde. Die im Zusammenhang mit dem Besuch des Prinzen von Wales in Stockholm stattfindende englisch-schwedische Woche hat in der Presse beider Länder lebhaften Widerhall gefunden. Die in Schweden infolge der Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages gegen Deutschland herrschende Verstimmung wird dadurch besonders fühlbar. Die Zeitungen benützen die Gelegenheit, um die Handelsbeziehungen Schwedens zu Deutschland und England gegeneinander abzuwägen und heben dabei hervor, dass Grossbritannien, das 25 Prozent des schwedischen Gesamtexports aufnehme und nur mit 14 Prozent am schwedischen Import beteiligt sei, in Zukunft auf Kosten Deutschlands bevorzugt werden müsse. Von fast allen Blättern wird hervorgehoben, dass die von deutscher Seite erfolgte Vertragskündigung die seit langem bestehende Tendenz einer handelspolitischen Neuorientierung Schwedens von Deutschland auf England besonders begünstigt habe.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,15 - 1,25, Rote 1,30 - 1,40, Odenwälder Blaue 1,15 - 1,25, andere Gelbfleischige 1,40 - 1,50 RM. Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Rpf pro Stärkeprozent, im sonstigen Verkehr 7 - 8 Rpf je Stärkeprozent frei Fabrik.

SPD. Berliner Butterpreise vom 7. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: ruhig.

Starke Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Oktober)

SPD. Am Freitag kam an der Berliner Produktenbörse eine etwas festere Tendenz zum Durchbruch. Zwar lagen bei Eröffnung die Kurse für Weizen und Roggen wieder abgeschwächt, da sich noch keinerlei Kauflust der Mühlen zeigte. Im Verlauf der Börse wurden aber kräftige Stützungskäufe beobachtet, die einen befestigenden Eindruck ausübten. Infolgedessen konnten die Notierungen heraufgesetzt werden und zwar gewannen am Markte der Zeitgeschäfte Weizen und Roggen ungefähr $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark. Auch die Lokonotierungen für Weizen wurden heraufgesetzt, während Roggen unverändert blieb. Ausserhalb der Stützungskäufe fanden aber wenig Umsätze statt. Am Mehlmarkt zeigte sich zwar noch keine Belebung; jedoch machte sich etwas stärkere Nachfrage bemerkbar. Sie führte aber nur bei besonderem Entgegenkommen der Mühlen zu Käufen. Braugerste und Futtergerste waren weiter gesucht; die Preise blieben auch hier gut behauptet.

	6.10.	7.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	199 $\frac{1}{2}$ - 201 $\frac{1}{2}$	201 - 203
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industriergerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	135 - 140	135 - 140
Weizenmehl	25,50-28,75	25,50-28,75
Roggenmehl	20,25-22,75	20,25-22,75
Weizenkleie	9,40- 9,75	9,40- 9,75
Roggenkleie	8,40- 8,80	8,40- 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 211 $\frac{1}{2}$ -214 (Vortag 212), Dezember 213-215 $\frac{1}{2}$ (213 $\frac{1}{2}$), März 215 $\frac{1}{2}$ -218 (217). Roggen Oktober 164 $\frac{1}{2}$ -166 Geld (164 $\frac{1}{2}$), Dezember 165 $\frac{1}{2}$ -167 $\frac{1}{2}$ (165 $\frac{1}{2}$), März 168 $\frac{1}{2}$ -171 (169). Hafer Oktober - (143 $\frac{1}{2}$), Dezember 143 (148), März 146 $\frac{1}{2}$ (-).

Berliner Viehmarkt.

(7. Oktober)

SPD. Auf dem Schweinemarkt waren nach wie vor schwere, fette Schweine gesucht; im übrigen gaben die Preise eher nach, da genügendes Angebot vorlag. Dagegen konnten sich die Preise auf dem Hammelmarkt aufbessern. Auf dem Kälbermarkt genügte das Angebot.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund 48-49 (48), b. 240 bis 300 Pfund 44-47 (45-47), c. 200 bis 240 Pfund 43-45 (42-46), d. 160 bis 200 Pfund 40-42 (40-43), e. 120 bis 160 Pfund 37-38 (37-39), Sauen 38-42 (38-42). Schafe: a. 31-32 (30-31), b. 33-36 (32-34), c. 30-32 (28-32), d. 16-27 (16-26). Kälber: b. 48-56 (48-55), c. 37-48 (38-50), d. 20-30 (22-30). Kühe: a. 26-27 (24-25), b. 22-24 (21-23), c. 18-21 (17-20), d. 13-17 (12-16).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 7. Oktober 1932.

Revolte der Geächteten.^x

SPD. Feststimmung herrscht im Bataillon. Überall erblickt man freudige Gesichter. Marokkos Hauptstadt Fes begeht an diesem 14. Juli 1923 den Nationalfeiertag des französischen Volkes. Die französische Fremdenlegion respektiert diesen Feiertag in würdiger Weise. Jubel und Trubel herrscht an diesem Tage. Die sonst so strengen Vorgesetzten fühlen sich mit den einfachen Legionären an diesem Tage verbrüdet. Die strengen Dienstvorschriften werden an diesem Tage ausser Acht gelassen und kleine Verfehlungen übersehen, ja, selbst Arrestanten werden zur Feier des Tages begnadigt. Wein und Champagner fliessen in Strömen, und die Verpflegung kommt dem Menu eines erstklassigen Hotels gleich.

Schon Tage vorher wurde im Camp von Fes an den Dekorationen gearbeitet. Buschige Girlanden und Lampions wurden an den Baracken angebracht und Festplätze angelegt. Zur Belustigung der Legionäre wurden lange Pfähle aufgestellt und mit Seife beschmiert. An die Spitzen der Pfähle wurden Pakete und Weinflaschen, Würste und sonstige schöne Sachen gehängt. An so einem glatten Pfahl musste man hinaufklettern. Zum Gaudium der Zuschauer rutschten die meisten aber in den unglaublichsten Stellungen in halber Höhe wieder ab. Auch ein Scheibenstand wurde errichtet.

Endlich brach der 14. Juli an. Sowohl im Camp als auch in der Stadt war alles dekoriert und beflaggt. Sonnig und heiter erstrahlte der Himmel. Nach der Reveille erhielten wir einen Becher Schokolade, einen Likör und Kuchen. Eine Stunde später standen etwa zwei Bataillone auf dem Paradeplatze zur Truppenchau. Kommandos erschallten, Bajonette wurden aufgepflanzt, und im Parade-marsch ging es am Platzkommandanten und an den Honoratioren der Stadt vorbei. Eine kurze, launige Ansprache des Kommandanten, und der erste Teil des Festprogramms war erledigt.

Nun folgte das Festessen. Auf einem grossen, festlich geschmückten Platze waren lange Tafeln aufgeschlagen. Das Menu bestand aus einer kräftigen Bouillo Bratkartoffeln mit gebratenem Fleisch, diversen Salaten, Pudding und in Wein gekochten frischen Feigen. Brot und Käse wurden als Dessert serviert. Dazu wurde reichlich Wein gereicht. Ausserdem erhielten je zwei Mann eine Flasche Champagner. Nach dem Mahl folgten Vorträge, russische Nationaltänze und Darbietungen eines deutschen Clownpaares. Später folgten Ring- und Boxkämpfe, Wettlaufen usw.. Jeder konnte sein Teil zur Unterhaltung beitragen. Nach und nach aber zerstreuten sich die Legionäre in die Stadt. Aus den Weinlokalen und Cafés erscholl lustige Tanzmusik. Aber diese Vergnügungen waren nur den Offizieren und Zivilisten vorbehalten. Sobald ein Legionär ein solches Lokal betrat und mit einem Kameraden tanzte, brach die Musik ab. Die Abneigung des Zivils gegen die Legionäre ist grenzenlos. Wohl fürchtet man den Legionär und bestaunt ihn, wenn er aus blutigen Kämpfen und unmenschlichen Strapazen zurückkehrt, aber keiner will mit ihm in Berührung kommen. Er ist ein Gezeichneteter, ein Verbrecher, ein Paria. Dass sich die angeheiterten Legionäre ein solches Verhalten nicht gefallen liessen, was natürlich, und bald kam es überall zu blutigen Schlägereien.

Vor den Toren der Stadt spielte sich unterdessen ein imposantes Schauspiel ab. Wohl tausend berittene Araber sassen wie Statuen auf ihren prachtvollen arabischen Hengsten. Die hohen Rückenlehnen der Sättel waren reich

mit Gold und Silber verziert. Die grossen, breiten Steigbügel und die langen, spitzen Sporen erglühnten im Sonnenschein. Nachdem der Caid, ihr Führer, ein Zeichen gegeben, sprengte die ganze Schar in schnurgerader Linie in wildem Galopp zum Angriff auf einen markierten Feind. Plötzlich schossen alle ihre Flinten ab, mit einer Exaktheit, dass nur eine einzige Detonation zu hören war. Dann wirbelten sie wild ihre Gewehre um ihren Kopf, und mitten im rasenden Galopp hielten sie so plötzlich an, dass die Tiere in die Knie brachen.

So reihte sich Reiterstückchen an Reiterstückchen. Später folgten Wettrennen.

Als die Dunkelheit hereinbrach, sollte ein Fackelzug durch die Stadt veranstaltet werden. Mit Mühe und Not wurde die Kapelle, die fast ausnahmslos aus Deutschen bestand, zusammengeholt, und kurze Zeit darauf ging es mit klingendem Spiel, mit Fackeln und Jauchzen und Schreien durch die Stadt. Doch plötzlich - was war das? Ich traute meinen Ohren nicht. Die Musikkapelle schmetterte "Deutschland, Deutschland über alles". Die Menschenmenge stockte und staute sich. Aufgeregtes Schreien und Rufen erfüllte die Luft. Wütende Kommandos erschollen, und jetzt - spielte die Regimentskapelle schmetternd die Internationale. Jetzt brachen Patrouillen durch die Menge, und die ganze Regimentskapelle wurde zwischen einem Walde von Bajonetten ins Camp zurück in Arrest befördert. Alarmsignale ertönten nun ins Camp. Patrouillen durchstreiften die Stadt und brachten die Betrunkenen und Aufsässigen heim.

Jäh war die Feier unterbrochen. Im Camp erreichte der Tumult seinen Höhepunkt. Die durch das Verhalten der Einwohner gereizten und vom Wein aufgeregten Legionäre sangen die Internationale, und überall kam es zu Verbrüderungen. Die Vorgesetzten, die Ruhe und Frieden zu stiften suchten, wurden überschrien und misshandelt. Ein trüber Morgen folgte diesem ereignisvollen Tage. Sämtliche Angehörigen der Regimentskapelle erhielten 60 Tage strengen Arrest; einige kamen mit den Rädelsführern vor das Kriegsgericht und erhielten Strafen bis zu 20 Jahren Verbannung und Zwangsarbeit!

In der Nachbarschaft Mecknes, die ebenfalls Garnison der Fremdenlegion war, hatte sich an diesem Tage noch Schlimmeres ereignet. Dort hatte man zur Bildung von Soldatenräten und zur offenen Meuterei aufgefordert. Am Abend folgte ein Sturm auf das Waffenmagazin, der aber von ergehenden Truppen unter blutigen Verlusten für die Angreifer abgeschlagen wurde. Deutsche und Russen hatten geglaubt, das 4. Regiment der Fremdenlegion vollständig in ihre Hand zu bekommen, und von Mecknes aus den Bolschewismus über ganz Marokko ausbreiten zu können. Einige Tage später wurden dort 17 Deutsche und 12 Russen standrechtlich in einem Steinbruch erschossen. Viele andere wurden zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt, einige nach der Verbrecherkolonie Cayenne lebenslänglich verbannt.

Richard Blei.

Reise durch Bulgarien.^x

SPD. Die Eingeborenen von Konstantinopel über Griechenland bis nach Italien hinüber sprechen fast alle "un peu francais" (ein wenig französisch) - so lautet ihre Antwort, wenn man sie, ganz gleich, in welcher Sprache, anredet. In Bulgarien dagegen sprechen viele Erwachsene und fast alle Kinder - soweit es sich um Stadtbewohner handelt - deutsch. Das ist der systematischen deutschen Aussenpolitik auf kulturellem Gebiete zu danken, die Wert auf die Errichtung deutscher Schulen in jenen Staaten legt, die sich politisch und wirtschaftlich auf Mitteleuropa stützen müssen. Es ist daher kein Wunder, dass Rustschuk, der bulgarische Donauhafen, mit einigen 30 000 Einwohnern, eine sehr grosse deutsche Schule mit deutschen Lehrern besitzt. Wir lernten:

einige der Lehrer, die durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Berlin Zeitangestellte in Bulgarien geworden waren, in einem Restaurant kennen und wurden bei aller Freundlichkeit sehr vorsichtig als Reichsdeutsche begrüßt. Diese Feststellung ist kein Vorwurf; sie ist deshalb von allgemeiner Bedeutung, weil wir für diese etwas kühle Freundlichkeit recht bezeichnende Gründe er-führen. Die Deutschen im Auslande werden oft sehr ausgenützt und manchmal sehr unfair. Dass die Deutschen in Donauländern besonders darunter leiden, erklärt sich aus dem "Zug nach dem Osten", den die Mehrzahl der auswanderungslustigen deutschen Arbeitslosen auf Fahrzeugen von phantastischer Vielfalt auf der Donau antritt. Fast alle Tage, so wurde uns versichert, melden sich deutsche Paddelbootfahrer, Wasserwanderer auf Ulmer Schachteln und dergleichen, und ha-ten es für selbstverständlich, dass ihnen die Auslandsdeutschen zuerst um den Hals fallen und dann einen Hundertmarkschein bis zur nächsten grösseren Sta-tion in die Hand drücken. Dass ein Teil dieser kühnen Donaufahrer in der Not auch vor kriminellen Schwindeleien nicht zurückschreckt, ist eine weitere un-anfechtbare Tatsache. Landplage - so nennt man die Deutschen hierzulande, die mit Paddelbooten und Ansichtskarten den Ostn durchqueren wollen. Da kann man schliesslich verstehen, wenn man als Deutscher vom Deutschen zunächst sehr reserviert empfangen wird. Es leuchtet aber auch ein, dass das deutsche Ansehen bei den Bulgaren und Rumänen durch diese Wasserfahrer nicht gerade gestärkt wird. Die Behörden machen kurzen und für die Betroffenen oft recht peinlichen Prozess und schieben die Weltwanderer erbarmungslos ab. Andererseits hat die Türkei den Bosphorus für alle Wasserfahrer der bezeichneten Art gesperrt, so-dass oft kein Vorwärts noch ein Rückwärts mehr möglich ist. Die deutschen Kon-sulate geben keine Geldunterstützungen mehr, sondern lassen die Abenteurer auf der Donau kurzerhand abschieben. Zur Weiterreise, also nicht in die Heimat zurück, gibt es überhaupt keine Hilfe.

Das alles haben wir zwischen Rustschuk und Konstantinopel erfahren, und immer mit der Bitte, es weiterzuverbreiten, so eindringlich wie möglich zu warnen. Wir erfüllen die Bitte, weil wir ihre Berechtigung erkannt haben. So quälend die Arbeitslosigkeit auf der Jugend Deutschlands lastet - der Weg zum Schwarzen Meer ist kein Ausweg. Von Oesterreich bis zur Türkei ist nichts zu holen, und überall auf dieser Strecke sind die Lebensbedingungen schlechter als zu Hause. Hier kann man mit und ohne Ulmer Schachteln, mit und ohne An-sichtskarten vor die Hunde gehen, ohne dass sich jemand darum kümmert. Die Tatsache, dass man in den Donauländern billig lebt, ist kein Rückhalt für phantastische Reisepläne, denn wer, noch dazu als Landesunkundiger, gar kein Geld hat, für den ist eben alles zu teuer. Dies zum Thema "Deutsche in Bul-garien".

Bulgaren in Bulgarien, die breite Masse der Kleinbauern und Landarbeiter: sie leben buchstäblich von nichts anderem als Schafkäse, Yoghurt und Brot. Der Durchschnittsverdienst eines einheimischen ungelernten Arbeiters beträgt höchstens 50 Lewa oder etwa 1.50 RMk. täglich. Dass die Lebensmittel billiger sind, wird durch die Preise für andre Bedarfsartikel, die importiert werden müssen, reichlich ausgeglichen. Das Land ist bis zum Elend arm und doch eins der reizvollsten Länder, die wir bereist haben. Wir sind in reinlichen Zügen tagelang durch Ostbulgarien gefahren und haben Landschaften voll Wunder an Form und Farbe gesehen. Zwischen vulkanischen Bergmauern rieselt das Wasser durch Maisfelder und Tabakpflanzungen. Schwer stöhnend ziehen langhörnige Rinder durch die weglosen sumpfigen Täler, und Störche fliegen in Schwärmen um die bunten Dörfer. In Varna lernen wir eine der grössten bulgarischen Städte kennen, die eben im Begriff ist, internationales Seebad zu werden. Man hat sich sehr bemüht, den Luxus mitteleuropäischer Kurorte nachzuahmen, aber der Unterschied zwischen dem bulgarischen Alltag und diesen Bemühungen ist doch zu grotesk, um verborgen zu bleiben. Vielleicht aber ist es das, was Varna anziehend macht: dass es neben der Schönheit des tiefblauen Schwarzen Meeres neher südlichen Milde seiner Luft und neben dem Luxus seiner neuen

Hotels noch Volksleben in der ursprünglichen Form bietet.

Wir sitzen im heissen Sande, spielen wie kleine Kinder mit Muscheln und essen rote Krebse zu einem Lewa pro Stück, die vor unsern Augen aus dem Meer gefangen und am Ufer gekocht werden. Der türkische Kaffee, der hier besser als in der Türkei selbst bereitet wird, kostet drei Lewa, also 9 Pfennige, die Tasse. Er hilft besser als Wasser gegen den Durst.

Abends werden wir ins Stadttheater eingeladen und damit ausserordentlich überrascht. Das Theater ist bis zum letzten Requisit modern, und das Ensemble aus Sofia spielt mit dem Können ausgezeichneter Darsteller. Wir verstehen kein Wort der fast vierstündigen Aufführung von "Tristan und Isolde" (nur als Schauspiel), aber die Lebendigkeit der Szenen in Bild und Geste nimmt uns restlos gefangen. Das unverbildete Publikum benimmt sich besser, als man das bei uns beobachten kann, ist mäuschenstill und doch hingerissen: ist ruhig aus Ehrfurcht und Anerkennung. Wir gehen voll Dank und Bewunderung; Schulen und Theater: Bulgarien tut mehr für die Volksbildung, als zu tun mancher grosse Staat sich verpflichtet fühlt.

Der Weg übers Schwarze Meer nach Konstantinopel ist nur in Etappen zurück zulegen. Handel und Wandel liegen, dank der Weltkrise, dem Irrsinn der Hochzölle, still, sodass selten Frachtschiffe abgehen. Personenschiffe haben ebenfalls nicht viel zu befördern und verkehren daher nur in grossen Abständen. So spielen wir nochmals zwei Tage mit bulgarischem Sand am Schwarzen Meer und baden splinternackt hinter dem nächsten Felsen. Es ist nur ein mitteleuropäisches (oder muckerpreussisches) Vorurteil, dass man dazu polizeiliche Genehmigung und Badeanzüge braucht.

Als wir am dritten Tage von Burgas aus zu einer Fünfzehnstundenfahrt nach Konstantinopel starten, grüssen wir abschiednehmend ein Land, in dem wir gern gewesen sind. Der Halbmond am roten Abendhimmel begleitet uns in die Türkei.

Josef Rothhammer.

Der feine Herr.^x

SPD. An der Haltestelle bestieg ein Herr die Strassenbahn und setzte sich auf den freien Platz mir gegenüber. Ein eleganter Herr, wie ich mir raschem Blicke feststellte. Einer, der nur bei ersten Schneidern arbeiten lässt, fiel mir auf. Einer, der auch die Schuhe nach Mass bestellt, entdeckte ich weiter. Ueberhaupt - das war die Bilanz meiner Betrachtungen zwischen vier Haltestellen - der Herr pflegt sonst nur mit seinem Wagen zu fahren. Heute benutzt er ausnahmsweise die Elektrische. Sein Wagen ist zur Reparatur. Oder: "Noch jemand ohne Fahrschein?" fragte der Schaffner. Der feine Herr rührte sich nicht. Sagte keinen Ton. Verzog keine Miene. Der Schaffner ging vorüber. "Er ist in Gedanken; er hat es nur überhört," dachte ich. "Er wird sich beim nächsten Male melden!"

Aber der Herr überhörte auch beim zweiten Male die Frage des Schaffners. Es war also Absicht. Ich war traurig erzürnt. Ich räusperte mich. Hielt meinen eigenen Fahrschein ostentativ in der Hand. Der Herr lächelte. Seine auffallend gelben Massschuhe wurden mir langsam unangenehm. "Kaufen Sie sich lieber einen Fahrschein!" wollte ich sagen. "Oder steigen Sie jetzt wenigstens ab!" sprach ich in Gedanken weiter zu ihm. "Eben ist ein Kontrolleur aufgestiegen. Verschwinden Sie nach vorn! Ersparen Sie mir das Peinliche, einen so "feinen" Herrn als Betrüger ertappt zu sehen!"

"Bitte um den Fahrschein!" ertönte die Stimme des Kontrolleurs. Zuckte der feine Herr nicht zusammen? Es gab jetzt keine Rettung mehr für ihn. Er suchte jetzt eifrig in seinen Taschen. Der Kontrolleur nahm inzwischen meinen Fahrschein. Dann sahen wir gespannt auf den feinen Herrn. Ein ganz klein

wenig schien der feine Herr zu schwitzen. "Das haben Sie davon!" dachte ich beinahe zufrieden. Aber der feine Herr lächelte schon wieder. "Ach, wie fatal! Ich habe ja den Schein, weil meine Haltestelle naht, vorhin zusammengeknüllt und ganz gedankenlos aus dem Fenster geworfen." Der Kontrolleur zuckte die Schultern. "Tja..die Vorschrift.." Es schien ihm selber peinlich zu sein, den eleganten Herrn...

"Aber dieser Herr hier muss doch gesehen haben, dass ich einen Fahrschein gelöst habe!" sagte mein Gegenüber und lächelte mich suggestiv an.

"Das ist der Gipfel der Frechheit!" wollte ich sagen. Aber es kam kein Wort aus meiner Kehle; so überrascht war ich von dieser ungeahnten Wendung.

"Nicht wahr?" fragte der feine Herr.

"Allerdings!" antwortete ich, und auf meiner Stirn perlten Schweisstropfen. Ich wusste nicht, warum ich log.

Der Kontrolleur ging mit kurzem Grusse vorüber...

An der nächsten Haltestelle stieg der feine Herr aus. Holte er jetzt sein Auto aus der Reparaturwerkstatt? Oder - das soll auch bei gut angezogenen Herren vorkommen, heutzutage, - dass er jetzt in irgendeinem Hausflur vier trockene Schrippen für seinen letzten Groschen?

Ich fuhr noch vier Haltestellen weiter. Ehe ich ausstieg, bat ich den Schaffner um einen zweiten Fahrschein. Er blickte mich erstaunt an. "Nanu?"

"Geben Sie schon!" sagte ich ungeduldig. Er tat es kopfschüttelnd. Aber ich hatte mein Gewissen beruhigt.

Kurt Rudolf Neubert.

Auf der Zwickelsuche...^x

SPD. "Grüass Gott, Herr Amtmann!" - Obermoser trat über die Schwelle des Büros und nickte freundlich.

"Na, Obermoser, da setzen Sie sich nur mal hin! Wieder eine sehr schwierige Sache. Von der Regierung nämlich."

Der Gemeindediener Obermoser sah trübe vor sich hin. Schon wieder eine schwierige Sache. Alle Tage schwierige Sachen! Was da von oben herunter kam, war immer nur schwierig.

"Ja, ja," sagte er nur und schielte auf das Schriftstück, das vor dem Gemeindevorsteher auf dem Tische lag. Er wünschte sich in die seligen Zeiten zurück, da das Dorf noch nicht dem preussischen Staat einverleibt war. Da war es noch gemütlich zugegangen. Aber jetzt schickte die Regierung lauter schwierige Sachen. Und er, Obermoser, musste sie unter das murrende Volk bringen. Er entschuldigte sich zwar immer, wenn er einen neuen Steuerbescheid zustellte oder irgend eine andere unangenehme Geschichte mitzuteilen hatte. Aber die Leute sahen in ihm eben ein Stück jener preussischen Paragraphenbarrikade, die zu überklettern eine Teufelskunst sein mochte.

Nach einer Pause, in der der Gemeindevorsteher aus seiner Pfeife dicke Wolken in die Gegend blies, fragte Obermoser, was es nun wieder sei, ... die neue schwierige Sache. Der Herr Amtmann Grantinger möchte doch so freundlich sein und ihm das auseinandersetzen. Er sagte Amtmann, weil es sich besser aussprach als Gemeindevorsteher; und Grantinger hatte nichts dagegen; es klang ganz gut.

Also der Herr Amtmann Grantinger gibt sich einen Ruck und meint: "Es ist von wegen der Baderei; das darf nicht mehr so weiter gehen."

"Dacht' ich mir, dacht' ich mir," sagt Obermoser freundlich. "Endlich haben s' doch amal an gescheiten Gedanken g'habt. Dös Schab'n vom Berger-Bader konnt' sich ja auch ka Mensch mehr gefallen lass'n; dem Berger-Baden sein Messer, was i sag', ane anzige Schinderei...! Blüten tut's alleweil, wenn ma aus der Baderei kimmt."

Grantinger putzt sich die Brille. Ist der Obermoser besoffen? Aber nein, er schaut sogar ganz frisch drein.

"Aber na - - mit der Baderei hat's goar nix zu tun. Ich meine" - verfällt er wieder im Hochdeutsch - "doch nicht 's Schaben, sondern 's Baden, verstehe Sie, Obermoser, das, wo ma sich auszieht und ins Wasser geht."

Also ist es doch nichts Gescheites, denkt Obermoser, begreift rasch die neue Sachlage und hat sich völlig umgestellt: "Es soll wohl nicht mehr gebadet wer'n?" bemerkt er mit einem Hoffnungsschimmer in den Augen.

"Doch, doch, gebadet schon. Aber ... ja, aber an Zwickel müssen's alle hab'n."

"... an Zwickel?"

"Ja, an Zwickel. Verstehen's? Eben so an Zwickel," meint Grantinger. Er sieht plötzlich den Gemeindediener herausfordernd, durchdringend, sozusagen amtlich an: "Sie wissen doch hoffentlich, was an Zwickel ist, Obermoser, net wahr?"

Der Blick sticht dem Obermoser ins Gesicht. Grantinger ist zwar ganz gemütlich, aber schliesslich ist's eine amtliche Sache, und da darf man sich nicht blamieren.

"Natürli; an Zwickel, nix oanfacher als an Zwickel, Herr Amtmann," lacht er, während ihm Schweissperlen über die Stirn klettern.

Erleichtert atmet Grantinger auf. Vor dieser Klippe hatte ihm gegraut.

"Da ist's ja gut. - Also, alle müssen jetzt beim Baden einen Zwickel haben, verstanden! Einen richtigen, vorschriftsmässigen Zwickel. Wer keinen hat, den müssen's halt aufschreiben, der wird exemplarisch bestraft. Da steht's." Er gab Obermoser das Schriftstück.

Aha, wegen der schamigen Bekleidung war's. Und er sollte nachschauen, ob die Leut' alle Zwickel haben. Bericht musste gegeben werden.

"Sie sind im Bilde; net wahr, und recht gewissenhaft, mein lieber Obermoser, wie bisher!"

+ + +
Wie bisher - hatte der Herr Amtmann gesagt. Da durfte er ihn nicht enttäuschen. Zwar wusste er auch nach einer Viertelstunde noch nicht, was das mit dem Zwickel auf sich hatte, aber beim Schnepfenwirt würde er sich schon Rat holen können. Er trank drei weisse Korn, ehe er mit seiner Geschichte herausrückte. Der Schnepfenwirt wusste, was er seinem Rufe als weitgereister Mann schuldig war, und lachte nach anfänglichem Erschrecken aus vollem Halse: "Aber geh' zua, Obermoser, du willst mi wohl zum Narren hoalten. Schau zua, so saudumm bist doch a net, doass d' net woast, woas an Zwickel is. Geh', schau zua... so a Bazi, der Obermoser, so a Haderlump, so a lausiger, ma sollt's net glaub'n." Und er hieb mit der Faust auf den Tisch, dass die Gläser umfielen. Rasch erhob er sich und füllte sie, was er sonst nur auf Geheiss der Gäste tat: "Oaf den guaten Witz doa trink mer gleich noa an G'pfefferten. Na, schau, ... der Obermoser!"

Und Obermoser trank und lachte heiser mit. Dann ging er - es war schon Mittag geworden - zum Wirt vom Hirschen und fragte ihn. Aber erst nach dem zweiten Kirsch. Doch er stellte es vorsichtiger an, weil er meinte, auf Umwegen besser zum Ziele vorzustossen.

"Hirschenwirt, du bist doch im Gmeinderat. Woas moanst, woas heuer so an Zwickel kost."

"...an Zwickel?"

"...Ja, no halt so an Zwickel, du woasst doch."

Der Wirt vom Hirschen sann nach. Nach einer Weile schüttelte er bedächtig den Kopf: "Dös kommt eben drauf an, ob's a grosser is oder a kloaner, a junger oder a älterer...Ganz genau koan ma dös nie wiss'n; 's kommt eben drauf an."

Obermoser nickte, und seine Augen dämmerten über dem Schnapsglase.

+ + +

Am Nachmittage wankte eine Uniform über die Weise nach dem Teiche. Obermoser, den der Zwickel schon eine Menge Geld gekostet hatte, war entschlossen, sich um jeden Preis Gewissheit zu verschaffen. Trotz dem kühlen Winde, der von den Bergen wehte, badete die junge Lehrerstochter jeden Nachmittag, den der liebe Herrgott noch mit Herbstsonnenschein segnete, unten im Teiche, wo man eine Art Freibad errichtet hatte. Da Obermoser glaubte, seine amtliche Würde könnte eher abstossen, vielleicht sogar das junge Ding erschrecken, zog er sich den Rock aus, legte ihn auf die Wiese und ging singend an den Strand, wo das hübsche Kind sich gerade anzog. Die Beteiligten mussten es eigentlich am besten wissen, dachte Obermoser folgerichtig und ärgerte sich, so viel Geld unnütz ausgegeben zu haben.

Er setzte sich neben die höchst verwunderte Stasi und fing mit gelockerter Zunge an, ein Loblied auf das Baden loszulassen. Das Mädel roch die Geister, die Obermoser zuvor in sich aufgenommen, und beeilte sich mit dem Anziehen nicht nur wegen des kühlen Windes. Obermoser aber merkte, dass die letzte Gelegenheit, sein amtliches Wissen zu bereichern und den Herrn Amtmann zu befriedigen, in wenigen Minuten entschwinden würde. Jovial klopfte er der Stasi auf die jungen Schultern und fragte mit demütigem Augenaufschlag: "Fräulein Stasi, net woahr, Sie haben doch auch 'n Zwickel."

Das Mädel wurde rot und blass, und im nächsten Augenblicke klatschte eine kleine, aber recht kräftige Hand in das gutmütige Gesicht des Gemeindedieners Matthias Obermoser, der zunächst die Welt nicht mehr verstand und später geächtet und geschändet in ein anderes Dorf zog. Keiner glaubte ihm die gute Absicht, und der Hirschenwirt bezeugte, dass er schon am Vormittag so unanständiges Zeug dahergeredet hätte.

Das Gemeindeamt aber berichtete an die Regierung, dass "hierorts hinsichtlich und von wegen der verordneten Zwickel die Bevölkerung grösste Ruhe und Ordnung bewahrt, und dass der Vorfall mit dem Gemeindediener Matthias Obermoser - Akten zuunterst - das einzige Vorkommnis war, das gegen die löbliche Verordnung betreffs Zwickel verstossen hat".

O.F. Heinrich.

SPD. Rätsel der Wüste. Der englische Forscher Bertram Thomas hat vor kurzem eine Forschungsreise durch die südarabische Wüste beendet und im ganzen eine Strecke von 1400 Kilometern auf Kamelrücken zurückgelegt. Er fand dabei alte Karawanenspuren, die nach Ubar führten, einer ehemals menschlichen Ansiedlung, die heute vollständig von Sanddünen bedeckt ist. Thomas vermutet, dass sich unter dieser Sandschicht noch Spuren und Erinnerungen der phönizischen Kaufleute befinden, von denen schon Herodot, der "Vater der Geschichte" (geboren um 500 v. Chr.), berichtet. Bei der Wüstenreise wurde auch ein bisher unbekannter Salzsee entdeckt, dessen Wasser so salzhaltig ist, dass selbst die Kamele sich weigerten, es zu geniessen. Die Auffindung des Sees stützt zugleich die Feststellung dieser Expedition, dass weite Gebiete der südarabischen und der libyschen Wüste unter dem Meeresspiegel liegen. Wahrscheinlich war also früher einmal dieses Gebiet in bedeutender Ausdehnung ein Binnenmeer.

Die Wirklichkeit ist seltsamer als die Dichtung, weil die Dichtung sich an Wahrscheinlichkeiten halten muss, aber die Wirklichkeit nicht.

Mark Twain.

unter Hilberts verantwortungsbewusster und rühriger Direktion an die Spitze der Berliner Bühnen gerückt und bringt dem siebzigjährigen Dichter - wie es ihrer kulturellen Mission entspricht - schlechthin die Hauptmann-Ehrung der Berliner Bühnen dar, die auch am eigentlichen Geburtstage des Dichters in seiner Anwesenheit wiederholt werden soll.

Bz.

Ein Kunstfreund.^x

SPD. Unser Seminarlehrer Bader war ein Kunstfreund. Er gab uns Geschichtsunterricht, aber er benutzte jede Gelegenheit, über Kunst zu sprechen. Wenn er Ludwig XIV. behandelte, sprach er nicht über Ludwig XIV., sondern über Rokoko.

"Rokokomöbel", schwärmte er, "ach, sowas gibt es ja kaum mehr. Wundervoll die Stühle mit den krummen Beinen! Ueberhaupt Stühle! Meine Herren, ich behaupte, Sie haben alle keine Augen im Kopfe."

Die Klasse grinste.

"Sie brauchen da garnicht zu feixen; es ist so. Sie sehen sich die Dinge an, aber in Wirklichkeit sehen Sie sie garnicht. Einen Stuhl beispielsweise.. Haben Sie in Ihrem ganzen Leben überhaupt schon einmal einen Stuhl gesehen?"

Die Klasse brüllte lachend los.

Verächtlich knurrte Herr Bader: "Na ja, da lachen Sie wieder. Ich bestreite ja nicht, dass Sie schon hin und wieder einmal einen Stuhl angeguckt haben, Aber einen Stuhl gesehen - das hat noch keiner von Ihnen..."

K.M.

SPD. Die Gefrässigkeit der Insekten.^x Jeder Einwohner der Vereinigten Staaten von Nordamerika, einschliesslich der Säuglinge und Invaliden, zahlt jährlich mehr als sieben Dollar für die Ernährung der Insekten. Diese überraschend hohe Summe kann man sehr leicht errechnen, wenn man sich die kürzlich erschienenen Veröffentlichungen der amerikanischen Landwirtschaftskammer ansieht. Der Schaden, der durch die Gefrässigkeit der Insekten angerichtet wird, beträgt in den Vereinigten Staaten jährlich 900 Millionen Dollar. Den beträchtlichsten Anteil dieser gewaltigen Summe beansprucht ein gefürchteter Rüsselkäfer, der durch seine Fressgier für 164 Millionen Dollar Baumwolle zerstört. Die Hessefliege vernichtet jährlich für 48 Millionen Dollar Weizen und der Koloradokäfer für 29 Millionen Dollar Kartoffeln.

SPD. Goethe und Amerika.^x Im Goethejahr. Eine Herde von Amerikanern braus nach Weimar, hopst in bereitstehende Automobile. Wird zum Park gefahren, Goethe Gartenhaus zu besichtigen. Vor dem Eingang bleiben die Amerikaner stehen und sehen sich die Wiese vor dem Hause an. Dann sagen sie alle, wie aus einem Munde: "Was für ein wundervoller Golfplatz!"

SPD. Tausend Wege zu Goethe.^x Neulich war ich bei meinem Freunde Heinrich zu Besuch. Im Lautsprecher verkündete gerade ein Professor Ypsilon: "Es gibt tausend Wege, um zu Goethe zu gelangen." Da sagte Heinrich: "Einer von den tausend Wegen ist, den Apparat abzustellen, wenn über Goethe gesprochen wird." Und er tat mir gleich den Gefallen.